

A1

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 17.12.2024)

Titel: WP-P Präambel

Antragstext

1 Bei den Bundestagswahlen am 23. Februar stehen Sie, liebe Bürgerinnen und
2 Bürger, vor einer wichtigen Entscheidung. Es geht darum, wer für unser Land in
3 dieser herausfordernden Zeit Regierungsverantwortung trägt.

4 Jetzt kommt es auf die Kraft unseres Zusammenlebens an, in dem die Menschen auch
5 in diesen herausfordernden Zeiten so viel einbringen und leisten. Wir nehmen
6 diese Kraft als Auftrag an die Politik, unser Land für die Menschen in den
7 kommenden Jahren besser, gerechter und einfacher zu machen. Als Auftrag, dass es
8 hier einfach funktioniert und der Alltag bezahlbar ist. Als Auftrag, unsere
9 Verantwortung in einer kommenden Regierung wahrzunehmen.

10 Deutschland hat viele große Stärken. Mit der Kraft von Ihnen, den Bürgerinnen
11 und Bürgern, die den Laden jeden Tag trotz der großen Herausforderungen am
12 Laufen halten. Auf der Arbeit. In der Familie. Mit viel Engagement und Einsatz.
13 Mit einem starken Sozialstaat, erfolgreichen Unternehmen und ebenso starkem
14 Mittelstand. Mit Anstrengung und Innovation, Vielfalt und Solidarität. Es ist
15 auch die Kraft unseres Landes als Einwanderungsland. Viele Menschen tragen hier
16 seit vielen Generationen zu unserem gemeinsamen Wohlstand bei, bringen sich ein
17 und gestalten unser Zusammenleben mit.

18 Es geht jetzt darum, diese Kraft als Zukunftskraft aufzunehmen: ökologisch und
19 ökonomisch, solidarisch und europäisch. Als Kraft, die sich den
20 Herausforderungen stellt und die Probleme löst. Mit einer Zuversicht, die aus
21 dem gemeinsamen Handeln kommt.

22 Denn die Herausforderungen in dieser Zeit sind groß. Viele Menschen stehen unter

23 Druck und haben Sorgen. Die Preise sind gestiegen, und der Lohn der eigenen
24 Arbeit wurde für viele durch Miete, Heizen und die nötigsten Ausgaben
25 aufgebraucht. Unser Frieden ist durch Putins Angriffskrieg bedroht.
26 Autoritarismus und Populismus haben spürbar an Einfluss gewonnen. Wer etwas für
27 unsere Demokratie tut, ist immer mehr mit Hass und Anfeindungen konfrontiert.
28 Die Klimakrise verschärft sich trotz des Einsatzes vieler weiter, und die Natur,
29 in der wir leben, wird weiter zerstört. Verspätete Züge, schlecht ausgestattete
30 Kitas und Papierkrieg mit den Ämtern zehren an den Nerven. Ein jahrelanger
31 Stillstand gefolgt vom Dauerkonflikt innerhalb der Ampelregierung hat Vertrauen
32 in die Politik insgesamt gekostet.

33 Eine Politik, die Probleme löst und die Dinge zum Besseren wendet, kann nur
34 gelingen, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern zuhört. Wenn sie nicht über die
35 Menschen redet, sondern mit ihnen – so wie das jeden Tag überall im Land an
36 unseren Küchen- und Esstischen geschieht.

37 Wir haben in den vergangenen drei Jahren unsere Regierungsverantwortung
38 wahrgenommen. In anspruchsvollen Jahren mit neuen Krisen. In einer schwierigen
39 Regierungskonstellation. Wir haben die Jahre genutzt, um Schwung aufzunehmen und
40 Probleme zu lösen. Probleme, die von Großen Koalitionen lange Jahre angehäuft
41 wurden. Wir haben uns von der Abhängigkeit von Putin befreit. Wir haben den
42 erneuerbaren Energien großen Rückenwind verliehen. Wir sind jetzt tatsächlich
43 auf Kurs zum Erreichen der Klimaziele eingeschwenkt. Wir investieren in unsere
44 deutsche und europäische Sicherheit und arbeiten an neuen Partnerschaften. Wir
45 haben angefangen, die Zukunftskraft unserer Wirtschaft zu stärken, durch mehr
46 Fachkräfte, mehr Innovation und weniger Bürokratie. Wir haben auch endlich
47 wieder in den Erhalt der Natur investiert, in eine nachhaltige Landwirtschaft.
48 Wir haben zum Erfolg des europäischen Green Deal beigetragen. Wir haben Kinder
49 und Familien besser unterstützt.

50 Wir werben deshalb dafür, den Weg der Erneuerung fortzusetzen, ihn nicht wieder
51 mit Hürden zu verstellen oder gar rückzubauen – wie es schon einmal geschehen
52 ist. Mit dem vorliegenden Programm machen wir deutlich, worauf es für unser Land
53 jetzt ankommt.

54 *Nehmen wir unsere ökologische und ökonomische Zukunft in die Hand! Wachsen wir*
55 *in die Zukunft!*

56 Wir setzen in diesem Programm auf die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres
57 Landes. Doch aus dem Zutrauen in die Wirtschaft erwächst zugleich der Auftrag,
58 die Zukunftsblockaden zu lösen. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft in die
59 Zukunft wächst: klimaneutral, innovativ, wettbewerbsfähig in einem gemeinsamen
60 Europa. Ihre Kraft können Unternehmen nur entfalten, wenn sie Raum bekommen für

61 unkomplizierte und pragmatische Lösungen – und sich zugleich auf klare Ziele und
62 Rahmenseetzungen verlassen können. Das verlangt von der Politik: Kurs halten.
63 Verlässlichkeit herstellen. Regeln und Normen vereinfachen – ob von der
64 Europäischen Union oder hausgemacht. Kurz: mehr ermöglichen.

65 Dabei kommt dem Schutz unseres Klimas und unserer Ökosysteme herausragende
66 Bedeutung zu. Nur wenn sie intakt sind, kann unsere Sicherheit, unsere Freiheit
67 und unser Wohlstand intakt sein. Verantwortung heißt, dem Rechnung zu tragen.
68 Und die notwendige Erneuerung solidarisch zu gestalten. Jede und jeder mit den
69 eigenen Möglichkeiten, Erfahrungen und Stärken.

70 Mit unserer Zukunftsagenda stellen wir die Weichen für Investition und
71 Innovation, für Erneuerung in Fairness und Solidarität, für Dynamik statt
72 bürokratischer Lähmung. Mit dem „Deutschlandfonds“ werden wir in Bund, Ländern
73 und Kommunen die notwendigen Mittel für die Investitionen in diese Zukunft
74 mobilisieren. Er stärkt unsere gemeinsamen Infrastrukturen, auf die Gesellschaft
75 und Wirtschaft so dringend angewiesen sind. Zu diesem Investitionsfonds schlagen
76 wir einen „Pakt für ein modernes Deutschland“ vor – zu dem alle politischen
77 Ebenen eingeladen sind: Bund, Länder und vor allem die Kommunen. Verständigen
78 wir uns in dieser Zeit neu, wie wir unser Land im Dienst der Menschen auf
79 Vordermann bringen – zusammen und nicht gegeneinander!

80 *Nehmen wir unsere soziale Zukunft in die Hand! Sorgen wir dafür, dass alle*
81 *Menschen fair dabei sind und die Dinge des alltäglichen Lebens bezahlbar sind!*

82 Wir bauen in unserem Programm auf die soziale Kraft unseres Landes. Aus diesem
83 Zutrauen in die Menschen erwächst für uns der Auftrag, einen ernsthaften Beitrag
84 zu leisten, dass alle Menschen dabei sein können. Und dass der Alltag wieder
85 bezahlbar ist. Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität
86 und bezahlbare Mieten.

87 Gute Bildung, gute Arbeit, verlässliche Mobilität und bezahlbares Wohnen sind
88 die zentralen Faktoren, an denen sich die Lebenschancen der Menschen
89 entscheiden. Ein faires Steuersystem ist dafür die Voraussetzung. Wir setzen uns
90 mit Nachdruck dafür ein, dass unsere Kitas, Schulen und Hochschulen gestärkt
91 werden. Damit sie allen Kindern eine Chance auf einen guten Start ins Leben
92 bieten. Wir unterstützen gute Arbeit durch faire Löhne und einen höheren
93 Mindestlohn. Durch Gleichberechtigung für Frauen, auch auf dem Arbeitsmarkt. Und
94 wir machen Wohnen bezahlbarer, indem wir Mietsteigerungen begrenzen, sozialen
95 Wohnungsbau unterstützen und eine realistische Neubaustrategie vorlegen.

96 *Nehmen wir unsere gesellschaftliche und demokratische Zukunft in die Hand!*

97 *Sichern wir unseren Frieden in Freiheit!*

98 Wir setzen in dem Programm auf die gesellschaftliche und demokratische Kraft der
99 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, auf die Kraft unserer gemeinsamen
100 Republik in ihrer Vielfalt. Doch auch dieses demokratische Zutrauen in die
101 Bürgerinnen und Bürger erfordert einen neuen Auftrag an die Politik, unsere
102 demokratischen Institutionen und unser demokratisches Zusammenleben lebendig zu
103 halten und zu stärken.

104 Unsere demokratische Kraft entsteht, wenn Menschen sich als Gleiche begegnen,
105 wenn aus dem freien Austausch unterschiedlicher Ansichten der Wettstreit um die
106 bessere Lösung wird. Deshalb müssen wir unsere öffentlichen Räume stärken. Die
107 gemeinsamen Orte, an denen Übereinstimmung sichtbar wird und Unterschiede
108 ausgetragen werden: eine gute Schule; gute Arbeitsplätze; eine starke und
109 vielfältige Medienlandschaft; starke öffentliche Räume, die uns in Vielfalt
110 verbinden, des Sports und der Kultur. All diese Orte sind die Voraussetzung
111 unseres demokratischen Zusammenhalts in Vielfalt.

112 Gerade weil die Stärke unseres Landes daraus entsteht, dass jede und jeder
113 dazugehört, unabhängig von der Herkunft, brauchen wir auch eine neue Kraft der
114 integrativen Gesellschaft. Was wir damit meinen: gemeinsam in Vielfalt. Was es
115 dafür braucht: Aufstiegschancen, Respekt im Streit, Kompromissfähigkeit und
116 Koalitionsfähigkeit in der demokratischen Mitte. Bürgerschaftliche
117 Verantwortung, aber auch eine neue Verantwortung der demokratischen
118 Institutionen und der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, die
119 Probleme zu lösen und zum Funktionieren beizutragen.

120 Und so, wie wir unsere Freiheit und unser Zusammenleben nach innen zu sichern
121 haben, so gilt es in dieser Zeit, unseren Frieden in Freiheit nach außen zu
122 sichern. Gerade jetzt brauchen wir – in unserem eigenen Interesse – eine neue
123 Initiative an der Regierungsspitze für ein starkes gemeinsames Europa. Wir
124 können diplomatische Kraft, die engagierte Suche nach belastbaren Lösungen, nur
125 aufbringen, wenn wir uns als freies Europa zugleich handlungsstark zeigen. Die
126 geopolitischen Kräfteverhältnisse in der Welt verändern sich rasant – und das
127 nicht erst seit heute. In dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt
128 sich eine Bedrohung für die europäische Friedensordnung und unsere Demokratie
129 insgesamt – daher ist die Unterstützung der Ukraine auch unser bester
130 Selbstschutz. So wie unsere europäischen Nachbarn für uns da waren, sodass wir
131 in Deutschland wiedervereint im Herzen Europas in Freiheit leben, sind wir das
132 auch für unsere Nachbarn. Gemeinsam gilt es Frieden in Freiheit neu zu sichern.
133 Gemeinsam mit den vielen Staaten weltweit, die ebenso wissen, dass das Entstehen
134 für eine regelbasierte Ordnung der beste Schutz ist.

135 Liebe Bürgerinnen und Bürger,

136 nur wenn wir unsere Stärken in Zukunftskraft verwandeln, werden wir das erhalten
137 und stärken können, was uns lieb und teuer ist. Wir betonen das, weil wir in den
138 vergangenen Jahren auch gesehen haben, wie verlockend es in der Politik ist, die
139 Verluste der unterlassenen Veränderung einfach zuzukleistern, nach dem Motto
140 „Niemand muss sich hier verändern“, oder sich nur noch in der Vergangenheit
141 aufzuhalten.

142 Mit Robert Habeck kandidiert ein Mensch für die Führung der kommenden Regierung,
143 der diesen Unterschied macht. Der eine Politik des Zuhörens mit Orientieren
144 verbindet, Regierungserfahrung mit der Bereitschaft selbst zu lernen,
145 Ehrlichkeit mit der Bereitschaft anzupacken, Zukunftsstärke mit der Kraft zur
146 breiten gesellschaftlichen Verbindung. Dem es um die ganze Gesellschaft geht und
147 der dies als Verantwortung begreift, in eine starke Zukunft zu führen. Gemeinsam
148 mit Annalena Baerbock, der Außenministerin unseres Landes. Die Haltung zeigt, wo
149 andere zaudern. Die mit Menschlichkeit, Partnerschaft und Stärke für unsere
150 Werte und Interessen einsteht.

151 Dafür bitten wir bei der kommenden Bundestagswahl um Ihr Vertrauen und Ihre
152 Stimme!

153 Nehmen wir unsere Zukunft zusammen in die Hand! Wachsen wir zusammen!

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 17.12.2024)

Titel: **WP-01-K1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch**

Antragstext

1 Die Menschen in Deutschland sind zu Recht stolz auf das, was sie schaffen, auf
2 die Qualität ihrer Arbeit, auf ihre Leistung, auf ihre Erfahrungen und
3 Kompetenz. Deutschland muss auf diese Kraft bauen, um die großen strukturellen
4 Herausforderungen anzugehen, vor denen wir stehen: Der Angriffskrieg von
5 Russland auf die Ukraine und der Systemkonflikt zwischen liberalen Demokratien
6 und autoritären Staaten im Umfeld Chinas erfordern eine Neuausrichtung von
7 Wirtschaftssicherheit und Handel, Lieferketten und Absatzmärkten. Wir werden
8 diesen Wettstreit auch im Ökonomischen nur gewinnen, wenn wir den großen Vorteil
9 der liberalen Demokratie maximal zur Geltung bringen: dass Menschen neue Ideen
10 haben und Dinge frei entdecken und entfalten können. Wir wollen in der kommenden
11 Regierung daran weiterarbeiten, die strukturellen Schwächen unseres Standorts zu
12 beheben. Wir sorgen dafür, dass Deutschland und Europa bei den Innovationen der
13 Zukunft vorn mit dabei sind. Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher
14 werden, dafür müssen Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden.
15 Dafür können wir nicht im Status quo verharren. Vielmehr brauchen wir mehr Raum
16 und Begeisterung für die Bereitschaft, mit neuen Ideen und Technologien ins
17 Risiko zu gehen. Unser Ziel ist, die Innovationskraft unseres Landes spürbar zu
18 stärken.

19 Damit wir unseren Wohlstand erneuern und nicht nur verwalten, braucht es ein
20 Land, das einfach funktioniert – einen Staat, der es den Menschen und
21 Unternehmen leichter macht, ihre Ideen umzusetzen, und nicht schwerer: mit einem
22 Klick zur Lösung statt mit einem Dutzend Formularen in den Papierkrieg. Den
23 Aufbruch haben wir in den vergangenen drei Jahren geschafft: Wir haben ein
24 Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren erzeugt, haben Grundlagen gelegt bei

25 der Modernisierung der Industrie, der Zuwanderung von Fachkräften, der
26 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Stärkung von
27 Investitionen. Aber unser Land braucht jetzt eine gemeinsame Anstrengung, damit
28 wir auf diesem Weg erfolgreich vorankommen. Der Wettlauf bei der technologischen
29 Entwicklung macht es notwendig, dass neue Ideen und Innovationen schneller
30 Wirklichkeit werden.

31 Wenn wir auf diesem Weg den deutschen und europäischen Standort stärken, stärken
32 wir dabei auch die Idee der sozialökologischen Marktwirtschaft – und eine
33 Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und Umwelt, sichere
34 Arbeitsplätze bietet und vor Ort verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der
35 Menschen. Eine starke Wirtschaft ist nicht nur Bedingung unseres Wohlstandes,
36 sondern auch Voraussetzung für Zusammenhalt und Stabilität im Inneren, für unser
37 Gewicht in der Welt und nicht zuletzt zur Bewältigung der Klimakrise.

38 Unser Wohlstand ermöglicht und basiert auf Gerechtigkeit, Klimaneutralität,
39 Lebensqualität und Vorsorge. Seine Erneuerung ist eng verknüpft mit der
40 Bekämpfung der Klimakrise, die gemeinsam mit der Krise der Artenvielfalt die
41 große Aufgabe unserer Zeit ist. Denn wir wollen einen Planeten erhalten, auf dem
42 Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können. Wir werden den immer
43 häufigeren Extremwetterern nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern mit aller
44 Kraft dafür kämpfen, dass sich das Klima stabilisiert. Das erfordert große
45 Investitionen, zum Beispiel in den Ausbau günstiger erneuerbarer Energien, der
46 jahrelang verschleppt wurde. Dafür brauchen wir intakte Ökosysteme, gesunde
47 Wälder, saubere Meere und Respekt vor den Tieren als Mitgeschöpfe. Wenn wir die
48 Umwelt schützen, schützt sie uns auch. Klimaschutz ist Menschenschutz und
49 zugleich eine zentrale Wettbewerbsfrage unserer Zeit. Der Weg zurück zu den
50 fossilen Technologien führt in den wirtschaftlichen Stillstand.

51 Wir werden darauf achten, dass alle Menschen unseres Landes den Weg mitgehen
52 können, der in eine gute Zukunft führt. Wir sorgen dafür, dass auch Mieter*innen
53 mit knappem Budget eine moderne Heizung und eine verbesserte Dämmung bekommen.
54 Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu elektrischer Mobilität die Fortbewegung
55 komfortabler und das Auto erschwinglich macht. Wir sorgen dafür, dass durch
56 Klimaanpassung das Eigentum von Hausbesitzer*innen geschützt und Lebensleistung
57 erhalten wird.

58 **A. Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs**

59 **Für einen wettbewerbsfähigen Standort**

60 Unternehmen brauchen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes

61 Investitionsklima, allem voran klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.
62 Für unsere Wirtschaft sorgen wir für dauerhaft günstige Energie, erhöhen private
63 und öffentliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur, vereinfachen,
64 digitalisieren und beschleunigen staatliche Verfahren und Prozesse und arbeiten
65 daran, das Fachkräftepotenzial in und für Deutschland zu erhöhen.

66 Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist ein entscheidender
67 Standortfaktor. Erleichterungen für Eigenstromproduktion und eine Förderung von
68 langfristigen Abnahmeverträgen sichern der Wirtschaft direkten Zugang zu
69 günstiger Energie. Auch für die Wirtschaft ist die weitere Absenkung der Steuern
70 und Abgaben auf Strom wichtig. Deshalb übernehmen wir die Netzentgelte für die
71 überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und senken die
72 Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir werden weiterhin Maßnahmen zur
73 Steigerung der Energieeffizienz unterstützen. Zudem setzen wir uns ein für eine
74 dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für
75 energieintensive Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Wir werden das
76 Wasserstoffkernnetz zügig aufbauen, die Erzeugung von grünem Wasserstoff in
77 Deutschland fördern und neue Importquellen sichern.

78 Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden besonders unter
79 aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des
80 Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen
81 bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen
82 Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein
83 pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in
84 Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden.
85 Dabei werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und
86 Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und
87 praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische
88 Schutzstandards abzubauen. Das werden wir nun flächendeckend und systematisch
89 ausrollen und auch in den Gesetzgebungsprozessen vorab umsetzen. Bei jeder
90 Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Ein
91 wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der
92 Verwaltung: Wir wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für
93 Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nur einmal eingereicht
94 werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren, um so
95 Kosten zu senken und Zeit zu sparen. Damit mehr Unternehmen von den KMU-
96 Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die
97 Definition von KMU anheben.

98 Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren
99 worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben.
100 Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche

101 Wertschöpfung. Wir wollen der Wirtschaft eine starke, resiliente und
102 verlässliche Infrastruktur bereitstellen, indem wir die öffentlichen
103 Investitionen dafür aus nationalen und aus Mitteln der Europäischen Union (EU)
104 stärken und ausbauen. Dafür werden wir auch die Schuldenbremse sinnvoll
105 modernisieren.

106 Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten
107 Akteuren. Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben:
108 Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische
109 Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen
110 mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der
111 Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld
112 übersteigt, wird sie ausgezahlt.

113 Es ist absolut entscheidend, dass wir nicht nur gute Ideen entwickeln, sondern
114 dass daraus auch starke neue deutsche Unternehmen entstehen. Hier haben wir
115 bisher im Vergleich zu den USA oder China eine große Schwäche beim Zugang zu
116 Finanzierung. Wir erleichtern deshalb den Zugang zu Wagniskapital durch die
117 Fortsetzung der WIN-Initiative, um jungen innovativen Unternehmen durch
118 verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen einen
119 einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen.

120 Wettbewerbsfähigkeit steht und fällt auch mit gut qualifizierten Beschäftigten.
121 Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft mit ihrer
122 starken Tarifbindung sind eine Stärke unseres Standorts.

123 **Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte** 124 **Erwerbstätigkeit von Frauen**

125 Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen
126 für die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung Deutschlands. Ob
127 Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle sind betroffen. Um diese Lücke
128 zu schließen, gilt es Hindernisse abzubauen und Anreize zu setzen, damit
129 Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

130 Deutschland hat 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, während viele
131 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Wir müssen dazu beitragen, dass junge
132 Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden und die Attraktivität der
133 beruflichen Ausbildung erhöhen. Mit Maßnahmen wie dem Qualifizierungsgeld
134 unterstützen wir Menschen, die schon im Berufsleben sind und sich neu
135 orientieren oder weiterqualifizieren möchten. Älteren Arbeitnehmer*innen werden
136 wir Anreize für längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus bieten.

137 Wenn alle Frauen mit Kindern so arbeiten könnten, wie sie möchten, hätten wir in
138 Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Um die Vereinbarkeit von
139 Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir durch einen gesetzlichen Rahmen
140 flexible Lösungen ermöglichen und zugleich passgenaue Regelungen für die
141 Betriebe bieten, die sie nicht überfordern. Ein gutes und verlässliches Angebot
142 an Betreuungsplätzen ist dafür die Grundlage. Betreuungskosten sollten
143 umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein. In der jetzigen Form stellt das
144 Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar. Deshalb wollen wir es
145 grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine
146 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für
147 bestehende Ehen ändert sich nichts. Indem wir eine gleichberechtigte
148 Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglichen, stärken wir ihre eigenständige
149 Absicherung, schützen sie so vor Altersarmut und stärken gleichzeitig die
150 Volkswirtschaft.

151 Deutschland muss für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv sein. Wir
152 wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online
153 beantragen können und dafür nur einen Ansprechpartner brauchen. Eine digitale
154 Einwanderungsagentur soll den Einwanderungsprozess modernisieren und
155 beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch mit Ämtern und
156 Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Die Anerkennung von
157 ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen wir deutlich und schaffen dafür
158 eine zentrale Anerkennungsstelle. Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen
159 wir weiter ab, auch weil sie über den Arbeitsmarkt schneller in unsere
160 Gesellschaft integriert werden.

161 **Für eine starke europäische Wirtschaft**

162 Der europäische Binnenmarkt mit seinen 450 Millionen Einwohner*innen und 17
163 Billionen Euro Wirtschaftsleistung ist eine historische Errungenschaft. Nur mit
164 mehr Europa können wir im Wettbewerb mit den USA und China bestehen, können wir
165 die gemeinsame Wachstums- und Innovationsschwäche überwinden und wieder
166 treibende Kraft beim technologischen Fortschritt werden. Das schafft und sichert
167 auch Wohlstand und gute Jobs in Deutschland.

168 Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und um eine vertieften
169 Digitalunion ergänzen: Damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß
170 werden. Und wir wollen, dass Europa seine Kräfte bei Forschung und Innovation
171 bündelt. Starke Netzwerke europäischer Universitäten, gemeinsame Rechenzentren
172 oder Forschungsagenturen können uns wieder zum Spitzenreiter bei den
173 Zukunftstechnologien machen.

174 Europa ist bereits Weltmarktführer bei sauberen, nachhaltigen Technologien wie
175 Windturbinen und Elektrolyseure. Der europäische Green Deal gibt mit
176 klimapolitischen und ökologischen Zielen und Leitplanken den Rahmen für fairen
177 Wettbewerb in Europa. Bei pragmatischer Umsetzung kann Europa so zum Marktführer
178 für nachhaltige Elektrotechnik, Chemie, Maschinenbau und Dienstleistungen
179 werden. Damit sichern wir durch Klima- und Ressourcenschutz gute Jobs im
180 Industriebereich – einem wichtigen Zukunftsmarkt. Dazu brauchen wir jetzt
181 stabile Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien statt innovationsfeindliche
182 Diskussionen um ein Rollback oder eine Bremsung des europäischen Green Deal.

183 Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal um eine industrielle Dimension.
184 Wir müssen von Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich stärker profitieren und
185 unsere klimaneutrale europäische Innovationskraft zu einem globalen
186 Wettbewerbsvorteil ausbauen. Dafür wollen wir im nächsten EU-Finanzrahmen die
187 entsprechenden Instrumente schaffen und sie mit den notwendigen Mitteln
188 unterlegen. Dazu gehört auch, dass wir das Beihilferecht der EU so ändern, dass
189 es kurzfristig einer umfassenden Unterstützung der Dekarbonisierung der
190 Industrie und dem Abbau gefährlicher Abhängigkeiten von Autokratien nicht im
191 Wege steht.

192 **Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte**

193 Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler
194 wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik,
195 die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind. Um Finanzkrisen vorzubeugen,
196 benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure
197 ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure
198 wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.

199 Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-
200 Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche
201 Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt
202 Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Aber auch
203 kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise
204 unterentwickelten europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und
205 Schuldverschreibungen. Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der
206 Kapitalmarkt- und Bankenunion einsetzen. Das Vertrags- und Insolvenzrecht für
207 Finanzmarktakteure wollen wir dafür europaweit angleichen.

208 Wir wollen Finanzmarktakteuren die nachhaltige Finanzierung erleichtern.
209 Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile
210 Energien unwirtschaftlich und Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu
211

212 machen. Deutschland soll eine führende Rolle bei der Verbesserung der
213 Sustainable-Finance-Regulierung spielen. Wir setzen uns dabei für mehr
214 Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf
215 europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz.
216 Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt
werden.

217 **Für mehr Innovationskraft**

218 Deutschland und Europa müssen bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei
219 sein. Denn diese Innovationen sind nicht nur entscheidend für unsere
220 wirtschaftliche Zukunft, sondern auch für die Bewältigung der großen
221 gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit – von der Klimakrise bis zur
222 geopolitischen Behauptung gegen den Autoritarismus.

223 Die deutsche Forschung soll Weltspitze bleiben. Wir wollen erreichen, dass Staat
224 und Unternehmen mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und
225 Entwicklung investieren. Unsere Forschungspolitik umfasst die freie
226 Grundlagenforschung ebenso wie die missions- und anwendungsorientierte Forschung
227 sowie den Transfer in marktreife Produkte. Wir werden daher die
228 Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage weiter ausweiten und so Unternehmen
229 bei der Forschung besser unterstützen. Gleichzeitig brauchen wir eine
230 auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft. Mit der Deutschen Agentur
231 für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir regionale Innovationsökosysteme
232 unterstützen, in denen Wissenschaft, Gesellschaft und die Wirtschaft gemeinsam
233 an innovativen Lösungen arbeiten. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen
234 (SPRIND) fördert Innovationen nicht klassisch durch Förderprogramme, sondern
235 durch sogenannte Challenges. Diesen Ansatz wollen wir ausbauen und auf
236 europäischer Ebene flankieren. Wir schaffen auch mehr Experimentierräume wie die
237 Reallabore, in denen neue Technologien erprobt und in die Anwendung gebracht
238 werden können.

239 Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung von digitalen
240 Geschäftsmodellen erleichtern. Dazu wollen wir die Anwendung von Künstlicher
241 Intelligenz (KI), die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die
242 Stärkung digitaler Kompetenzen in Unternehmen gezielt fördern und
243 Datenschutzbürokratie abbauen. Wir schaffen zudem passende Rahmenbedingungen für
244 interoperable Standards und für einen sicheren und effizienten Datenaustausch
245 entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der Staat sollte als vertrauensvoller
246 Referenzkunde seine Marktmacht als Einkäufer nutzen, um innovative digitale
247 Produkte zu fördern. Dabei sollte er insbesondere Open-Source-Anwendungen und
248 Produkte von Start-ups und KMU berücksichtigen.

249 Für die notwendige Innovationskraft brauchen Deutschland und Europa eine neue
250 Gründungskultur. Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche
251 Vereinfachungen und indem wir Gründer*innen in One-Stop-Shops Begleitung und
252 Beratung aus einer Hand anbieten. Wir wollen Gründungen in ihrer Vielfalt
253 unterstützen. Dafür geben wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-
254 ups einen Booster, etwa durch verbesserte Finanzierungsangebote. Ausgründungen
255 aus Hochschulen werden wir erleichtern, die EXIST-Hochschulförderung auf mehr
256 Universitäten ausweiten und den Transferauftrag für Hochschulen und
257 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken.

258 **Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie**

259 Unser Anspruch ist es, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt,
260 denn Industrieunternehmen sind in ihren Regionen identitätsstiftend und wichtige
261 Arbeitgeber. Wir wollen unsere Industrie bei der klimafreundlichen
262 Modernisierung unterstützen, sie hier halten und verhindern, dass die Produktion
263 in Länder abwandert, in denen es noch keinen CO₂-Preis und nur laxer
264 Umweltschutz- und Sozialstandards gibt. In einer Welt, in der Krisen, Konflikte
265 oder machtpolitische Bestrebungen jederzeit Lieferketten stören oder zerbrechen
266 lassen können, brauchen wir in essenziellen Bereichen eigene
267 Produktionsmöglichkeiten, um fatale Abhängigkeiten zu vermeiden.

268 Damit die klimaneutrale Modernisierung der Industrie gelingen kann, setzen wir
269 auf einen effizienten Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie
270 CO₂-Preis, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und – wo nötig –
271 möglichst unbürokratischem Ordnungsrecht. Wo Investitionshürden zu Beginn zu
272 hoch sind und über den CO₂-Preis nicht genug Anreize gesetzt werden, setzen wir
273 auf wettbewerbsorientierte Instrumente wie die Klimaschutzverträge. Den
274 Anwendungsbereich der Klimaschutzverträge werden wir ausweiten und so diejenigen
275 Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am meisten CO₂ einsparen. Um
276 ausreichend Nachfrage für klimaneutral hergestellte Produkte zu garantieren,
277 werden wir grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit
278 etablieren. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine
279 Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt. Die vollständige
280 Klimaneutralität der Industrie wird aufgrund von schwer zu vermeidenden
281 Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nur mit der Abscheidung,
282 Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) möglich sein. Deshalb ermöglichen wir
283 dafür die Anwendung dieser Technologie und unterstützen den Ausbau der
284 notwendigen Infrastruktur. Die Speicherung von CO₂ in Meeresschutzgebieten
285 lehnen wir ab.

286 Global ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden.
287 Für die Unternehmen in der Automobilindustrie, mit ihren mittelständischen

288 Zulieferbetrieben der größte Industriezweig in unserem Land, ist
289 Planungssicherheit entscheidend: dass wir dabei bleiben, ab 2035 nur noch
290 klimafreundliche Antriebe neu zuzulassen. Die konkreten Ziele der EU-
291 Flottengrenzwerteverordnung unterstützen wir und lehnen eine Abschwächung ab.
292 Mögliche Strafzahlungen sollen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der
293 E-Mobilität durch europäische Programme genutzt werden. Wir beschleunigen den
294 Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur
295 und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize. Förderung wollen wir dabei nur
296 jenen gewähren, die auch in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards
297 produzieren: in Europa, für Europa. Mit gezielten Forschungsprogrammen und dem
298 Ausbau der regionalen Transformationsnetzwerke unterstützen wir die
299 Fortentwicklung von Geschäftsmodellen, insbesondere in den Bereichen vernetztes
300 Fahren und Batteriezellen.

301 Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in Schlüsselbereichen wie KI,
302 Quantentechnologie, Mikrochips, Biotechnologie, Robotik und Raumfahrt wollen wir
303 wettbewerbsfähig bleiben und globale Trends mitgestalten können. Insbesondere
304 werden wir den Aufbau von Produktionskapazitäten für Schlüsseltechnologien wie
305 beispielsweise Mikrochips und Batterien weiter vorantreiben. Wir setzen uns für
306 eine wettbewerbsfähige europäische Raumfahrtindustrie ein, um durch
307 Satellitenkommunikation und -navigation, New Space, (Klima-)Forschung und
308 Erdbeobachtung unsere strategische Souveränität zu stärken.

309 Auch der Schritt zur Klimaneutralität ist ein Innovationsmotor. Von modernster
310 Kraftwerkstechnologie über Elektrolyseure bis zur Herstellung von Wasserstoff,
311 vom E-Auto bis zur Wiederverwendbarkeit von Materialien entstehen neue
312 Zukunftstechnologien, bei denen die deutsche Industrie ganz vorn mit dabei sein
313 kann. Diese Zukunftstechnologien wollen wir ermöglichen, fördern und bei der
314 Markteinführung unterstützen – und damit Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen
315 sichern. Dafür wollen wir den europäischen Net-Zero Industry Act der EU
316 möglichst schnell und umfassend in Deutschland umsetzen.

317 **Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk**

318 Die ökonomische Kraft unseres Landes liegt in der Vielfalt seiner Unternehmen.
319 Die Tatkraft und Innovationsfähigkeit der Handwerksbetriebe, der Selbstständigen
320 und Freiberufler*innen sowie der KMU sind Motor unserer Wirtschaft. Sie treiben
321 den Klimaschutz voran und sorgen gerade in ländlichen Räumen für Arbeitsplätze
322 und Stabilität. Der Entfaltung dieser Kraft wollen wir Rückenwind geben.

323 Das Handwerk bietet in einer nachhaltigen Wirtschaft krisensichere
324 Arbeitsplätze. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die

325 gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen
326 verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der
327 Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf
328 branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher
329 und akademischer Ausbildung. Der Meisterbrief soll kostenlos werden. Wir setzen
330 uns dafür ein, dass auch für Handwerkerinnen und Soloselbstständige die Wochen
331 rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.

332 Wir stehen für eine starke deutsche und europäische Wettbewerbspolitik mit dem
333 unabhängigen Bundeskartellamt und der EU-Kommission im Zentrum. Das
334 Wettbewerbsrecht braucht eine Weiterentwicklung, um KMU sowie Verbraucher*innen
335 effektiver vor Monopolen zu schützen. Auf europäischer Ebene wollen wir dazu das
336 von der Kommission bereits vorgeschlagene New Competition Tool wiederbeleben,
337 vor allem um heimische Unternehmen vor unfairen Praktiken globaler
338 Großunternehmen zu schützen. Umgekehrt sollen kleine Übernahme- und Fusionsfälle
339 in Deutschland und Europa von bürokratischen Verfahren entlastet werden.

340 Unfaire und teure Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen
341 Gewerbes und der Verbraucher*innen werden wir mithilfe des Wettbewerbsrechts
342 zurückdrängen. Über große Onlinehändler gelangen massenweise Waren zu uns, die
343 europäische Standards nicht einhalten. Im Internet entstehen immer wieder neue,
344 unfaire und manipulative Praktiken. Wir setzen uns dafür ein, dass große
345 Plattformen – genau wie der Laden um die Ecke – Produktverantwortung übernehmen
346 müssen.

347 Um die Vergabestellen gerade der Kommunen und die Wirtschaft um
348 Verwaltungskosten von über einer Milliarde Euro zu entlasten, modernisieren wir
349 das Vergaberecht umfassend, um nachhaltige Beschaffung zu vereinfachen und zur
350 Regel zu machen. Um die Vergabestellen gerade der Kommunen zu entlasten, werden
351 wir die Direktauftragungsgrenzen deutlich anheben. Wir berücksichtigen Start-ups
352 bei der Vergabe besser.

353 Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen
354 wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen
355 einführen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen sollen künftig die gleiche
356 Förderung erhalten wie alle anderen Gründer*innen auch. Gelder von verwaisten
357 Konten werden wir zur Stärkung sozialer Innovationen und gemeinwohlorientierter
358 Unternehmen verwenden. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und
359 Gemeinwohlorientierte Unternehmen werden wir fortführen.

360 Von Wertschöpfung und Investitionen vor Ort in den Kommunen hängt die
361 Wirtschaftskraft und Lebensqualität in ländlichen Räumen entscheidend ab. Durch
362 den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW)

363 stellen wir sicher, dass Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten
364 können.

365 Gerade in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz liegt das
366 Potenzial für ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende Wirtschaftspolitik.
367 Die Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als
368 Chance begreifen, um mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung,
369 Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien den Weg in eine
370 nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch
371 transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung der Ideen und
372 Wünsche vor Ort zu beteiligen.

373 Der Tourismus ist in Deutschland Motor für Wachstum und Beschäftigung,
374 insbesondere in ländlichen Regionen. Wir werden die Nationale Tourismusstrategie
375 fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial
376 gerechter und innovativer gestalten.

377 Wohlstand ist für uns mehr als nur das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt. Wir
378 haben daher erstmals im Jahreswirtschaftsbericht auch den Zustand von Umwelt und
379 Klima sowie soziale Faktoren mit in den Blick genommen. Diese umfassende
380 Wohlstandsmessung wollen wir ausbauen.

381 **Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel**

382 Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Resilienz und Sicherheit hängen neben
383 dem europäischen Binnenmarkt wesentlich von belastbaren internationalen
384 Partnerschaften und vom globalen Handel ab. Angesichts geopolitischer Konflikte,
385 protektionistischer Maßnahmen und zunehmend schärferem internationalen
386 Wettbewerb brauchen wir eine zukunftsfähige Handelsagenda, die sich für alle
387 auszahlt.

388 Ausgewogene Handelspartnerschaften eröffnen deutschen Unternehmen nicht nur neue
389 Absatzmärkte, sondern stärken auch ihre Lieferketten. Eine breitere Streuung
390 unserer Wirtschaftsbeziehungen hilft zudem, Abhängigkeiten in kritischen
391 Bereichen zu verringern. Der Fokus auf einzelne Sektoren und gezielte Abkommen
392 für bestimmte Waren und Dienstleistungen verspricht dabei schnelle
393 Verhandlungserfolge. Hohe Standards bei sozialer Gerechtigkeit, Klima- und
394 Naturschutz sowie Menschenrechten bewahren gleichzeitig die heimische Wirtschaft
395 vor einem schädlichen Unterbietungswettbewerb und schützen vor Ausbeutung oder
396 Umweltzerstörung in anderen Ländern. Wir verhandeln entsprechend folgender
397 Prinzipien: rechtsverbindliche und einklagbare ökonomische, soziale und
398 ökologische Standards, eine Verankerung des Vorsorgeprinzips, eine verbindliche

399 Verankerung des Pariser Klimaabkommens, der zentralen Arbeitsschutzkonventionen
400 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Übereinkommens zur
401 biologischen Vielfalt, der Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von
402 Schiedsgerichten sowie der Begrenzung von zukünftigen Investitionsabkommen auf
403 direkte Enteignung und Diskriminierung.

404 Die EU-Lieferkettenrichtlinie ist eine große Errungenschaft: Verbraucher*innen
405 in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen, frei von
406 Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind. Wir sorgen dafür, dass die
407 Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird.

408 Unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen erfordern entschiedenes Handeln –
409 deshalb setzen wir uns, wo es geboten ist, bei der EU-Kommission für
410 Ausgleichszölle ein, etwa auf Stahl. Wir stärken der EU-Kommission in ihren
411 Verhandlungen mit China über Dumping von E-Autos den Rücken, um die Interessen
412 der europäischen Industrie zu wahren. Die Schlupflöcher im Zollrecht müssen
413 geschlossen werden, durch die besonders asiatische Onlinehändler wie Temu
414 unsichere Wegwerfprodukte am Zoll vorbeischleusen und europäische Hersteller
415 unterbieten. Wer dauerhaft illegale Produkte im großen Stil nach Europa
416 einführt, muss nach dem EU-Gesetz über digitale Dienstleistungen sanktioniert
417 werden. Wir werden den europäischen CO₂-Zoll CBAM durch eine Ausweitung des
418 Anwendungsbereichs, eine Berücksichtigung der Gesamtemissionen des Herstellers
419 im Herkunftsland und die Nutzung von Standardwerten praxistauglicher und
420 effektiver gestalten. Damit er die Wettbewerbsnachteile ausgleicht, die
421 europäischen Industrieunternehmen gegenüber Herstellern aus Ländern ohne CO₂-
422 Preis entstehen.

423 Strategisch wichtige Branchen werden wir mit einem neuen
424 Investitionsprüfungsgesetz vor Übernahmen schützen. Um unsere Unabhängigkeit und
425 ungestörte Lieferketten zu sichern, gehen wir bei Ausschreibungen in Sektoren
426 mit hoher Abhängigkeit entsprechend der Resilienzvorgaben des Net-Zero Industry
427 Acts vor. Staatliche Förderprogramme für den Kauf von Produkten wie E-Autos
428 werden wir künftig für Produkte gewähren, die größtenteils auch in Europa mit
429 seinen hohen sozialen und ökologischen Standards produziert wurden.

430 **Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft**

431 Eine nachhaltige, unabhängige und wettbewerbsfähige Wirtschaft erfordert sowohl
432 eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen als auch den Übergang zu einer
433 effektiven Kreislaufwirtschaft im Einklang mit den planetaren Grenzen, die
434 Ressourcen spart und Müll vermeidet. Auch für das Erreichen der Klimaziele sind
435 wir auf eine verlässliche Versorgung mit Rohstoffen angewiesen.

436 Unser Ansatz für mehr Rohstoffsicherheit basiert auf vier Säulen. Erstens wollen
437 wir den Verbrauch von Primärrohstoffen senken und langfristig halbieren. Der
438 Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energierohstoffe, Rohstoffeffizienz und –
439 wo möglich – der Ersatz von Rohstoffen, ebenso wie der gezielte Einsatz von
440 Recyclingrohstoffen sind der Schlüssel dafür. Zweitens fördern wir Recycling und
441 den Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Drittens setzen wir auf
442 heimischen und europäischen Bergbau, auch mit einem modernisierten,
443 umweltschonenden Bergrecht. Und viertens entwickeln wir eine nachhaltige
444 Rohstoffaußenpolitik und schließen neue Rohstoffpartnerschaften.

445 Niemand hat Lust, ständig Dinge wegzuerwerfen und große Mengen an Müll zu
446 produzieren. Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen
447 eine wirtschaftliche Chance, von der Wasserflasche über das Smartphone bis zum
448 Wohnhaus. Sie braucht die richtigen regulatorischen und ökonomischen
449 Rahmenbedingungen, mehr Materialstandardisierung und gleiche
450 Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Ein digitaler Produktpass
451 schafft bessere Informationen über die Materialien, die in einem Produkt
452 stecken. Dafür werden wir jetzt die Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen. Wir
453 haben uns auf europäischer Ebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass Produkte
454 langlebig und reparaturfreundlich hergestellt werden.

455 **Für einen starken Verbraucherschutz**

456 Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich
457 Verbraucher*innen verlassen können. Gerade in Zeiten steigender
458 Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben
459 einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug
460 zu schützen.

461 Gentechnikfreie Lebensmittel sind für viele Verbraucher*innen wichtig. Damit das
462 möglich bleibt, müssen alle, die gentechnikfrei arbeiten wollen, das auch in
463 Zukunft können. Dafür ist entscheidend, dass es keine Patente auf Leben gibt:
464 Pflanzen, Tiere, Saatgut und Gene dürfen nicht patentiert werden, auch nicht in
465 digitalisierter Form. Und es braucht eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch
466 verändertes Saatgut und Lebensmittel.

467 Steigende Energiepreise und die notwendige Energie- und Wärmewende stellen
468 Verbraucher*innen vor große Herausforderungen. Wir werden einen wirksamen Schutz
469 vor Wärme- und Stromsperrern auf den Weg bringen. Damit für Stromkund*innen
470 schnell und einfach sichtbar wird, ob sie aufgrund eines übersteuerten
471 Altvertrags Monat um Monat zu viel für ihren Strom bezahlen, machen wir die
472 Angabe des durchschnittlichen Strompreises für Neukund*innen auf der
473

474 Energierechnung verpflichtend. Dann weiß jede und jeder, wann sich ein Wechsel
475 besonders lohnt. Das wirkt als Teuer-Bremse für Stromtarife.

476 Wenn es ums Geld geht, sind transparente und einfach verständliche Informationen
477 besonders wichtig. Deshalb bedarf es beim finanziellen Verbraucherschutz
478 besonders hoher Standards und einer fairen und unabhängigen Finanzberatung. Im
479 Zentrum steht der Schutz von Kleinanleger*innen. Die Bundesanstalt für
480 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wollen wir auch beim Schutz vor
481 Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht nehmen. Zudem setzen wir auf
482 transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für
nachhaltige Finanzprodukte.

483 Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und
484 Verbraucher*innen – etwa bei der Nutzung von Kreditkarten – wollen wir mithilfe
485 innovativer Wettbewerber und des Wettbewerbsrechts günstiger machen.

486 **B. Ein modernes und digitales Land**

487 **Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert**

488 Für die Herausforderungen im Heute und Morgen wollen wir unseren Staat besser
489 aufstellen und bieten dafür den demokratischen und föderalen Partnern die Hand
490 für eine Staatsreform. Darunter verstehen wir unter anderem, dass die Aufgaben
491 und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt
492 und auch klarer gestaltet werden, zum Beispiel im Sozialleistungsbereich. Wir
493 setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt Doppelstrukturen und Gegeneinander.
494 Der Bund sollte bei Gesetzen und Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung
495 auf Länder und Kommunen übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln.
496 Länder und Kommunen brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln
497 wie auch für konkrete Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit
498 gesetzlich geregelte Leistungen wie Elterngeld oder Wohngeld einen digitalen
499 Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die Leistungserbringung vor Ort
500 nutzen können. Durch solche zentralen Serviceeinheiten kann der Bund
501 Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die Verwaltung vor Ort auf die
502 Beratung konzentrieren kann. Den Auftakt für diese Reformprozesse könnten die
503 Diskussionen in einem Bürgerrat geben.

504 Die Gesetzgebung des Bundes muss praxistauglicher und weniger kompliziert
505 gestaltet werden. Die Digital- und Praxischecks wollen wir dafür ausbauen. Bei
506 neuen Gesetzgebungsvorhaben ist das zugrunde liegende Stammgesetz zu
507 modernisieren, sind Leistungen zu pauschalisieren sowie Experimentierräume und
508 Reallabore vorzusehen. Die Bundeshaushaltsordnung und ihre Anlagen wollen wir

509 entschlacken, ohne die Fehlverwendung öffentlicher Gelder zu begünstigen.

510 Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI, kann
511 der Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden. So verkleinern wir
512 auch die Ministerialverwaltung des Bundes und stärken die
513 Umsetzungsverantwortung der nachgeordneten Bundesbehörden. Dies ist in Zeiten
514 des Fachkräftemangels und unbesetzter Stellen dringend nötig.

515 **Für eine serviceorientierte Verwaltung**

516 Wir werden unsere öffentliche Verwaltung konsequent modernisieren,
517 digitalisieren und an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

518 Bürger*innen sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe kommunizieren
519 können. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die
520 Deutschland-App einführen, in der schrittweise alle staatlichen
521 Verwaltungsangebote sicher, barrierefrei und anwendungsfreundlich zur Verfügung
522 stehen sollen. In dieser App kann man künftig mit wenigen Klicks einen
523 Personalausweis beantragen oder die neue Wohnung anmelden. Die App dient als
524 einfache Bedienungsfläche für die Bürger*innen und als Zielbild für die
525 deutsche Verwaltungsdigitalisierung. Im Hintergrund der App bauen wir eine
526 moderne, modulare und standardisierte IT-Architektur, bei der die
527 Verwaltungsdomänen von Bund, Ländern und Kommunen sinnvoll ineinandergreifen.

528 Die Beschäftigten in den Behörden sind motiviert, sie packen an und wollen
529 Prozesse besser machen. Uns geht es darum, sie zu entlasten und mehr Effizienz
530 zu ermöglichen: Wir gehen mit einer Innovationskultur in der Verwaltung voran,
531 die offen ist für antragslose Verfahren, risikobereite Entscheidungen,
532 Experimentierfreude und den Einsatz moderner Technik. Dafür erhöhen wir die
533 Ermessensspielräume der Entscheider*innen. Wir ermöglichen den Einsatz von
534 Automatisierung und KI-Anwendungen überall, wo sie hilfreich und sinnvoll sind.
535 Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die
536 Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen Datentools
537 vorhalten, bei denen Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal
538 einpflegen müssen. Dann müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf
539 selbst zurückgreifen. Das verschlankt persönliche Meldungen, Berichtspflichten
540 und Kontrolldaten in der Landwirtschaft. Dafür brauchen wir auch eine sichere
541 eigene Cloud in Deutschland.

542 **Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung**

543 Die Digitalisierung zu gestalten, ist für unser Zusammenleben und unseren

544 Wohlstand zentral. Bisher ist das in Deutschland nicht ausreichend gelungen.
545 Dies liegt auch an der Zersplitterung der Zuständigkeiten dafür und der
546 fehlenden Ressourcenbündelung. Deswegen braucht es eine Bündelung von
547 Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung. Damit gehen
548 wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die europäische und internationale
549 Digitalpolitik und die Entwicklung einer Open-Source-Strategie fokussiert an.
550 Für den Digitalen Staat wollen wir zentrale digitale Dienste wie die BundID und
551 die Deutschland-App vorantreiben. Den Digitalcheck als aktives und begleitendes
552 Instrument der Gesetzgebung entwickeln wir weiter und gestalten die
553 Digitalisierung nachhaltig.

554 Der Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands liegt in der
555 Überwindung der Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen,
556 Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität. Nur dann können
557 Prozesse durchgängig digital ohne Handarbeit oder Medienbrüche abgewickelt
558 werden. Diese Art der Vernetzung ist zu sehr vernachlässigt worden. Wir werden
559 offene Standards fördern und dabei Entwickler*innen, Zivilgesellschaft und KMU
560 stets miteinbeziehen. Diese Standards sollen ohne Lizenzgebühren frei nutzbar
561 sein. Wir denken Interoperabilität und digitale Kooperation weiter, nämlich als
562 eine notwendige Grundlage, um die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und
563 Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft zu stärken.

564 Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität
565 zu heben, muss die Umsetzung des Datenschutzes einfacher und weniger
566 bürokratisch werden. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und
567 einheitlicher umgesetzt werden – auch um Doppelregulierung und unklare
568 Zuständigkeiten zu vermeiden. Eine Reform beim Datenschutz hin zu
569 Einheitlichkeit, Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die
570 Bündelung von Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei
571 einzelnen Aufsichtsbehörden.

572 Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere
573 Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-
574 Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative
575 Verlegungsmethoden erleichtern und Open Access fördern. Für ländliche Gebiete und
576 strukturschwache Regionen werden wir die staatliche Gigabitförderung erhöhen.
577 Wir stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir
578 die Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes
579 Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.

580 **Für einen Deutschlandfonds und eine Reform der**
581 **Schuldenbremse**

582 Wir werden in der Regierung entschlossen die Investitionen in tragfähige
583 Infrastrukturen nachholen, die unser Land so dringend braucht. Die schwarze Null
584 im Haushalt wurde mit einem Kredit bei der Zukunftsfähigkeit unseres Landes
585 erkaufte. Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen
586 errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen
587 pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas und Schulen sanieren, in denen Chancen
588 für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Technologien und den
589 Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in
590 ihre Zukunft ermöglichen.

591 Der Investitionsstau in Deutschland liegt im dreistelligen Milliardenbereich.
592 Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form verhindert Investitionen und andere
593 Maßnahmen, die unsere stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die
594 notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres
595 Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir
596 die Schuldenbremse reformieren. Wir schaffen damit neue finanzielle Spielräume,
597 die wir angemessen zwischen Bund und Ländern verteilen werden. Zugleich werden
598 wir sicherstellen, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Das
599 raten auch die führenden Wirtschaftsinstitute wie der Internationale
600 Währungsfonds (IWF), die Bundesbank oder der Sachverständigenrat der
601 Bundesregierung.

602 Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat,
603 haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet. Bis zur Umsetzung
604 einer Reform der Schuldenbremse wollen wir mit dem Deutschlandfonds der jüngeren
605 Generation ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land sowie eine
606 wettbewerbsfähige Volkswirtschaft garantieren, statt ihnen aufgeschobene Lasten
607 und marode Infrastrukturen zu hinterlassen. Bürger*innen wollen wir ermöglichen,
608 sich an diesen Investitionen zu beteiligen.

609 Investitionen in Klima- und Umweltschutz sowie in Verkehrs-, Energie-, Bildungs-
610 und Forschungsinfrastruktur sowie in die nationale Sicherheit haben für uns
611 dabei Priorität. Klar ist auch: Bei sogenannten konsumtiven Ausgaben bleibt es
612 bei den derzeit strikten Regeln. Das bedeutet zum Beispiel: Die energetische
613 Sanierung des Schulgebäudes kann kreditfinanziert werden, das Gehalt des
614 Lehrpersonals muss aus dem regulären Etat kommen. So hinterlassen wir der jungen
615 Generation keine unnötigen Schulden und vermeiden zugleich versteckte Schulden.
616 Denn auch unterlassene Investitionen sind eine Bürde für die junge Generation.

617 Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige
618 Zukunftsinvestitionen zu erhöhen. Er ist aber kein Ersatz für die Aufgabe, im
619 Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit den vorhandenen Einnahmen
620 umzugehen. Denn viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung oder stärkere

621 Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt
622 entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in
623 Arbeit bringen. Zudem wollen wir die Verwaltung durch die weitere
624 Digitalisierung verschlanken. Und wir wollen insbesondere klima- und
625 umweltschädliche Subventionen abbauen.

626 Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den
627 tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige
628 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Das aktuelle System des
629 Bund-Länder-Finanzausgleichs werden wir in seiner jetzigen Form beibehalten.

630 **C. Ein Klima, in dem wir gut leben können**

631 **Für ein stabiles und sicheres Klima**

632 Die Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen darauf
633 verständigt, die Klimakrise einzudämmen. Alle großen Länder mit hohen
634 Treibhausgasemissionen haben sich auf diesen Weg gemacht – darauf kommt es an.
635 Die EU ist nach den USA und China aktuell der drittgrößte Emittent von
636 klimaschädlichen Emissionen. Es kommt also auch auf unser gemeinsames Handeln
637 an. Wir haben uns in der EU deshalb gemeinsam auf ein Ziel verpflichtet: Europa
638 soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

639 Mit dem europäischen Green Deal haben wir in den vergangenen drei Jahren große
640 Fortschritte auf dem Weg zu einem stabilen und sicheren Klima erzielt und
641 gleichzeitig begonnen, die europäische Wirtschaft und Industrie zu
642 modernisieren. Das wirkt: Die EU ist auf Kurs, ihre Klimaziele zu erfüllen.
643 Jetzt braucht die Wirtschaft Planungssicherheit. Der Green Deal und das „Fit for
644 55“-Paket müssen nun europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch
645 umgesetzt werden. Neuer Aufschieberei und Verwässerung stellen wir uns entgegen.

646 Deutschland spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Großen Koalitionen hatten
647 hohe Klimaschutzziele beschlossen, aber keinen Plan und keine Maßnahmen
648 entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden. Wir haben Deutschland und Europa
649 erstmals auf einen Pfad gebracht, diese Lücke zu schließen. Es hängt vom
650 entschiedenen Handeln der nächsten Bundesregierung ab, ob sie diese Chance nutzt
651 und die Ziele auch erreicht.

652 Die dafür notwendigen Veränderungen sind anspruchsvoll und haben deshalb auch
653 viele hitzige Diskussionen, Sorgen und Ängste ausgelöst und neue Fragen
654 aufgeworfen. Es ist klar: Wir müssen noch mehr dafür tun, damit der Weg

655 verlässlich ist und alle ihn mitgehen können. Wir machen Klimaschutz einfacher
656 und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir
657 gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie
658 dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte
659 bis hin zum Ordnungsrecht.

660 Die Anstrengungen lohnen sich: Die klimaschädlichen Emissionen sinken. Erstmals
661 ist Deutschland auf einem Kurs hin zum Erreichen der Klimaziele. Es kommt nun
662 darauf an, diesen Kurs zu halten, um weiterhin Verlässlichkeit und
663 Planungssicherheit herzustellen und eine Orientierung für die klimaneutrale
664 Modernisierung unseres ganzen Kontinents zu geben.

665 Europa muss nach wissenschaftlichem Rat nun bis 2040 seine
666 Treibhausgasemissionen um 90 Prozent gegenüber 1990 verringern. Dazu braucht es
667 unterschiedliche Anstrengungen und einen bedeutenden Beitrag von Deutschland als
668 größtes Mitgliedsland mit den höchsten Emissionen und einem hohen Wohlstand. Wir
669 halten deshalb an den rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität
670 2045 und den verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energiewende setzen wir
671 ebenso fort wie den Umstieg auf das klimaneutrale Heizen.

672 Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele.
673 Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter
674 intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen. Um das
675 sicherzustellen, werden wir, wie rechtlich vorgesehen, das aktuelle
676 Klimaschutzgesetz evaluieren und entsprechend die Verantwortung von Sektoren
677 stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt. Würden Ziele verfehlt, drohen
678 Deutschland teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen
679 wir für öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden.

680 **Für sozial gerechten Klimaschutz**

681 Den Weg zur Klimaneutralität gestalten wir als Weg zu einer gerechteren
682 Gesellschaft: Von einem erschwinglichen und flächendeckend gut ausgebauten
683 öffentlichen Verkehr profitieren vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten
684 können. Elektromobilität sowie der Fuß- und Radverkehr tragen zu besserer
685 Luftqualität für alle bei. Gut gedämmte Häuser und klimaneutrale Wärme schützen
686 die Menschen vor steigenden Heizkosten.

687 Der Weg zur Klimaneutralität ist also mit vielen Vorteilen verbunden, aber er
688 bedarf auch großer Investitionen – sei es bei der Installation neuer
689 Heizungsanlagen, der Wärmedämmung, dem Einbau eines Energiespeichers oder dem
690 Wechsel zum E-Auto. Investitionen brauchen Planungssicherheit und Vertrauen,

691 gerade im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Fördermitteln. Dahin wollen wir mit
692 einer berechenbaren Haushaltspolitik zurück. Viele Menschen werden diese
693 Investitionen ohne Unterstützung nicht leisten können. Die Finanzierung der
694 Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung ist eine Generationenaufgabe, die
695 entscheidend für das langfristige menschliche Leben auf diesem Planeten ist und
696 die deshalb teilweise auch über Kreditaufnahme finanziert werden sollte.

697 Wir achten besonders darauf, dass alle die notwendige Modernisierung mitgehen
698 können. Damit klimafreundliche Alternativen für alle Menschen erschwinglich
699 werden, wollen wir in Zukunft Förderprogramme weiter ausbauen und durch soziale
700 Staffelung insbesondere auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen
701 zuschneiden. Erste Schritte in diese Richtung haben wir bereits unternommen, zum
702 Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die Modernisierung
703 von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und Häusern. Auch den
704 Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren
705 Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche
706 Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich
707 die europäische Automobilwirtschaft unterstützt. Sie besteht aus einer Ladekarte
708 für das Tanken an öffentlichen Ladesäulen, einer steuerlichen Förderung für
709 kleine und mittlere Einkommen und einem Social-Leasing-Programm. Zudem beenden
710 wir überzogene Preise an Ladesäulen durch scharfe Anwendung des EU-Rechts und
711 stärken den Verbraucherschutz, sodass Strom und Wärme durch mehr Wettbewerb
712 bezahlbarer werden.

713 Wir geben ein Sicherheitsversprechen: Alle Menschen mit niedrigen und mittleren
714 Einkommen bekommen zum Ausgleich einen Großteil der Einnahmen der CO₂-Bepreisung
715 von Gebäudewärme und Transport als Klimageld zurück. Das Klimageld soll in der
716 nächsten Legislatur so schnell wie möglich eingeführt werden und dann direkt und
717 ohne vorherige Beantragung auf das Konto eingehen. Mieter*innen wollen wir
718 dauerhaft und verlässlich davor schützen, dass die CO₂-Kosten einseitig auf sie
719 umgewälzt werden.

720 Derzeit subventioniert der Staat klimaschädliches Verhalten. Das werden wir
721 schrittweise abbauen und die frei werdenden finanziellen Mittel für den sozialen
722 Ausgleich und Klimaschutz verwenden. Betroffene werden wir bei der Anpassung
723 unterstützen, auf soziale Ausgewogenheit achten und Planungssicherheit geben.
724 Als ersten Schritt werden wir das Dienstwagenprivileg so reformieren, damit es
725 noch deutlichere Anreize für klimaneutrale Mobilität setzt.

726 Die Klimakrise und damit verbundene Extremwetter wie Überschwemmungen oder
727 Dürren führen zu immer größeren Schäden. Zugleich machen Ölkonzerne, die
728 maßgeblich für die weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, weiter
729 gigantische Gewinne. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer

730 einen Beitrag zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen,
731 Landwirt*innen und Unternehmen nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen.
732 Auch in Deutschland gilt für uns ganz klar das Verursacherprinzip. Das bedeutet,
733 dass beispielsweise die Folgekosten des Kohlebergbaus nicht auf die
734 Allgemeinheit fallen dürfen.

735 Weltweit und bei uns zu Hause: Es sind die Ärmsten, die am stärksten unter den
736 Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein
737 Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter
738 Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit
739 entgegen.

740 **Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie**

741 Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft,
742 Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist
743 auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden
744 zunehmend elektrisch. Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und
745 bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom bei Menschen und
746 Unternehmen ankommt.

747 Die vergangenen Jahre sind wir auf diesem Weg einen riesigen Schritt
748 vorangekommen: 2024 kamen circa 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren
749 Quellen, 2021 waren es erst 40 Prozent. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent
750 erreichen; 2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt.
751 Eigentümer*innen, Mieter*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große
752 bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben
753 können. Dazu werden wir auch in Zukunft dezentrale Erzeuger von Solar- und
754 Windenergie sowie Speicher, Elektrolyseure durch konsequenten Bürokratieabbau,
755 Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützen. Mit Energy
756 Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch
757 einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.

758 Erneuerbare Energien liefern enorm günstig, aber nicht gleichmäßig Strom. Daher
759 müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander
760 abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere
761 Netznutzung, dezentrale Preissignale ohne eine Aufteilung der Gebotszone,
762 Speichern aller Arten, eine neue Generation von wasserstofffähigen und flexibel
763 einsetzbaren Kraftwerken und die effiziente Ausnutzung der enormen
764 Flexibilitätspotenziale von Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten
765 Verbraucher*innen. Wir setzen uns für einen leistungsfähigen europäischen
766 Strombinnenmarkt ein und bauen die Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn
767

768 aus. Außerdem setzen wir auf die konsequente Digitalisierung des Energiesektors.
769 Mit digitalen und flexiblen Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden
770 künftig die Bürger*innen in die Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne
771 den Strom per Batterie oder Wärmepumpe systemdienlich zu speichern, die
772 Waschmaschine laufen oder das E-Auto laden zu lassen. Damit kann jede und jeder
773 Geld sparen und von den Vorteilen der erneuerbaren Stromwelt direkt profitieren.
Zugleich sinken die Kosten im Gesamtsystem.

774 Notwendig sind dazu auch neue Regeln, wie unser Strommarkt funktioniert.
775 Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen
776 von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum
777 effizienten Stromverbrauch einhergehen. Damit ermöglichen wir einen zunehmend
778 sich selbst tragenden Ausbau von Sonne, Wind und Speichern sowie sonstiger
779 Infrastruktur und entlasten Strompreise und Bundeshaushalt.

780 Gerade weil der Umbau zum klimaneutralen Stromsystem hohe Investitionen
781 erfordert, achten wir besonders auf die Kosten. Wir senken die
782 Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und
783 intelligente Regulierung. Für neu zu planende Hochspannungsgleichstromleitungen
784 werden wir die einfacheren Freileitungen wieder zum Standard machen und
785 Erdverkabelung nur noch bei besonderen örtlichen Erfordernissen nutzen. Wir
786 setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu
787 finanzieren und Strom damit für Verbraucher*innen und Unternehmen billiger zu
788 machen. Die Umlage aus dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz* (EEG) wurde für die
789 Verbraucher*innen bereits abgeschafft und wird nun vollständig aus dem Haushalt
790 finanziert. Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische
791 Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die
792 Netzentgelte zu senken.

793 Fossile Energieerzeugung ist ein Auslaufmodell. Gerade damit die Kohleregionen
794 Planungssicherheit haben und der Strukturwandel geordnet unterstützt werden
795 kann, halten wir daran fest, alle verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht
796 mehr zu befeuern. Wir stehen für eine endgültige Absage an die Gasförderung in
797 ganz Deutschland – an Land wie auf dem Meer. Eine Rückkehr zur Atomkraft ist
798 weder für das Erreichen der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit
799 notwendig – zudem scheiden neue Atomkraftwerke wegen der extrem langen Planungs-
800 und Bauzeiten, der hohen finanziellen Risiken und der Ewigkeitskosten als
801 realistische Option ohnehin aus. Der lange geplante und parteiübergreifend
802 beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Die Suche eines
803 verlässlichen Endlagers bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land
804 stellen muss.

805 **Für verlässliche und bezahlbare Wärme**

806 Der Einstieg in eine verlässliche und klimafreundliche Wärme ist jahrelang
807 verschlafen worden. Jetzt sind die Weichen richtig gestellt. In den nächsten
808 Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen Menschen
809 den schrittweisen Umstieg auf klimafreundliches und bezahlbares Heizen zu
810 ermöglichen.

811 Wir geben mit dem bestehenden Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis
812 zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen den
813 Eigenheimbesitzer*innen, der Wirtschaft sowie den Mieter*innen und
814 Vermieter*innen die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen
815 klimafreundlichen Heizung, wie der Wärmepumpe, bis 2045. Die Unterstützung auf
816 diesem Weg werden wir ausbauen. Ebenso ausbauen werden wir die Energieberatung.
817 Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.

818 Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und
819 bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten können sie
820 dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme zu
821 versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung
822 und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern,
823 Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die
824 Erzeugung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieerzeugern vor Ort stärken.
825 Ein gleichzeitig starker Verbraucherschutz ist dafür Voraussetzung. Durch die
826 Einführung einer Preisaufsicht wollen wir den Verbraucherschutz bei der
827 Fernwärme, die vor allem von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken.
828 Mögliche Preisanstiege bei der Fernwärme wollen wir analog zu den Regelungen im
829 Gebäudeenergiegesetz begrenzen. Außerdem werden wir privates Kapital für den
830 Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche
831 Bürgschaften senken.

832 Die Wärmewende kann sich auf eine Vielzahl von Technologien stützen.
833 Entscheidend ist für uns jedoch, dass sich Verbraucher*innen auf
834 Klimafreundlichkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit verlassen können und sie
835 nicht mit falschen Versprechen in Heiztechnologien investieren, mit denen sie
836 einige Jahre später in der Kostenfalle landen.

837 **Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima**

838 Dürren und Hitzeperioden, Waldbrände, Überschwemmungen und Starkregen kosten
839 Menschenleben, zerstören Wohnhäuser, Straßen und Brücken, schädigen die
840 Landwirtschaft und unsere Lebensmittelerzeugung. Indem wir unser Wirtschaften
841 und Leben klimaneutral gestalten, bekämpfen wir ihre Ursachen. Aber im Angesicht
842 der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise müssen wir weitaus stärker
843

844 Vorsorge leisten. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch
845 davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die
846 Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale
Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

847 Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir Bund, Länder und Kommunen in Deutschland
848 verpflichtet, diese Aufgabe anzugehen. Die Kommunen tragen die Hauptlast der
849 Anpassungen, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen. Deswegen wollen wir
850 Klimavorsorge zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und mehr
851 Bundesmittel für die Anpassung bereitstellen.

852 Die vernichtende Ahrtalflut 2021 oder die zerstörerischen Fluten in Osteuropa
853 2024 führen uns vor Augen, wie verletzlich unsere Gesellschaft besonders
854 angesichts von Hochwasserkatastrophen ist. Deshalb werden wir den
855 Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Zusätzlich brauchen wir
856 Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume wie Auenwälder oder
857 Erlenbrüche. Flüsse und ihre natürlichen Auen werden wir im Interesse des
858 Hochwasserschutzes stärken und ihnen, wo immer möglich, durch Renaturierungen
859 mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie starke
860 Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten
861 Katastrophenschutz. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir
862 sozialverträglich ausweiten.

863 Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen
864 und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung,
865 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün, Wasserflächen und öffentlichen
866 Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen,
867 speichern und im Sommer kühlend wirken.

868 **D. Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land** 869 **zusammen**

870 **Für schnelles, nachhaltiges und sicheres Fortkommen**

871 Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden
872 über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem
873 Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen,
874 Wirtschaft und Umwelt. Zugleich ist unser Verkehrssystem noch weit davon
875 entfernt, seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Das ändern wir
876 durch ein leistungsfähiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren
877 Signal hin zur klimafreundlichen E-Mobilität.

878 Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundsanierung
879 unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir
880 stark beschleunigt. Jetzt gilt es, das mit dem Deutschlandfonds verlässlich zu
881 finanzieren und so Wirklichkeit werden zu lassen, dass der Verkehrssektor seine
882 Klimaziele erfüllen kann. Während unser Schienennetz deutschlandweit einen
883 deutlichen Ausbau braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut
884 ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen
885 integrierten Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale
886 und flächenschonende Mobilität bis zum Jahr 2045 ist. Verkehrswege wollen wir
887 erhalten und sanieren, das Schienennetz massiv ausbauen, stillgelegte
888 Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren
889 und ein bundesweites Netz von Radschnellwegen finanzieren.

890 Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu modernisieren, unterstützen wir
891 die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel
892 E-Kerosin, fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen
893 Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen, insbesondere einer
894 klimaneutralen Landstromversorgung. Inlandsflüge wollen wir durch eine
895 Verbesserung der Bahn überflüssig machen.

896 Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich
897 unterwegs sein können, egal mit welchem Verkehrsmittel. Mobil auf dem Land setzt
898 vielerorts ein eigenes Auto voraus. Wir wollen den öffentlichen Verkehr so
899 entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto
900 wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse können den
901 Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Bis zur nächsten Bundestagswahl wollen wir,
902 dass dies exemplarisch in mindestens zehn Landkreisen Wirklichkeit wird.

903 Wir wollen, dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle
904 sicher an ihr Ziel kommen. Das ist nur erreichbar, wenn überhöhte
905 Geschwindigkeiten reduziert werden. In der Regierung haben wir mit der Reform
906 des Straßenverkehrsrechts für Kommunen in einem ersten Schritt die Chance
907 geschaffen, leichter Tempo 30 anzuordnen und den Fuß- und Radverkehr zu stärken.
908 Als einziges Land weltweit erlaubt Deutschland das unbegrenzte Rasen auf
909 Autobahnen – zum Schaden von Menschenleben und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von
910 130 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Den
911 Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße wollen wir auf europäisches Niveau
912 bringen.

913 Um Verkehrsräume attraktiver zu gestalten, Barrierefreiheit auszuweiten und die
914 Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen zu erhöhen, wollen wir Stadtumbau
915 stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern. Unser Leitbild dabei ist die
916 Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.

917 **Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn**

918 Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschunzel im öffentlichen
919 Personennahverkehr (ÖPNV) gelichtet, Millionen von Kund*innen entlastet und ein
920 attraktives Angebot entwickelt: Bus und Bahn im Nahverkehr sind heute so günstig
921 wie nie zuvor. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das
922 Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel
923 ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen.
924 Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbünde Regelungen treffen, um junge
925 Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Solche
926 Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.

927 Wir werden das Nahverkehrsangebot in Deutschland weiter verbessern, um die
928 Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen bis 2040 zu verdoppeln.
929 Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder und Kommunen
930 für den Nahverkehr weiter steigern. Der öffentliche Nahverkehr soll
931 mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen
932 Taktverkehren garantieren. Unser mittelfristiges Ziel ist, alle Dörfer in der
933 Zeit von 6 bis 22 Uhr mindestens einmal pro Stunde anzubinden.

934 Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert, bequem
935 und klimaneutral zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der Anfang ist
936 gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn, Takte werden verbessert und neue Züge
937 eingesetzt. Unser Ziel ist der Deutschlandtakt, der Städte und Regionen
938 regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet. Das Schienennetz, das wir
939 marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im
940 erforderlichen Maß ausbauen. Auch für den Schienengüterverkehr wollen wir
941 Kapazitäten, zum Beispiel im Kombiverkehr, ausbauen und die Verlagerung von
942 Straßentransport auf die Schiene fördern.

943 **Für gleichwertige Lebensverhältnisse**

944 In den ländlichen Regionen ruht viel Kraft unseres Landes. In manchen haben
945 Unternehmen Firmensitze, die Weltmarktführer sind, andere sind geprägt durch
946 einzigartige Naturschätze. Sie alle haben eine eigene regionale Kultur und
947 lokale Traditionen. Es gilt ihre Vielfalt zu schützen und die Gleichwertigkeit
948 der Lebensverhältnisse zu verbessern.

949 Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können,
950 braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit
951 erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen
952 schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und

953 Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden
954 selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. Eine
955 digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für
956 wirtschaftliche Innovation – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das
957 heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne Funklöcher. Mit digitalen
958 Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe verbunden und gestärkt werden.

959 Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare
960 medizinische Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in denen
961 Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen unter einem Dach arbeiten, können
962 in vielen Regionen das Angebot verstärken. Lebendige Ortskerne und offene
963 Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und
964 Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende
965 Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge
966 Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

967 **E. Eine Natur, die wir schützen**

968 **Für eine intakte Natur**

969 Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst:
970 heute und in Zukunft. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind wir
971 diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben die Naturschutzfinanzierung in
972 Deutschland vervielfacht. Das wollen wir verstetigen, erweitern und inhaltlich
973 fortentwickeln und damit die Mittel für den natürlichen Klimaschutz über 2028
974 hinaus anwachsen lassen.

975 Europäisch ist ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der
976 Natur. Das werden wir bis 2030 auf 20 Prozent der Fläche an Land und im Meer
977 umsetzen. Dafür werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur
978 gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen, denn auch sie liegen in einem
979 überragenden gesellschaftlichen Interesse. Dazu wollen wir einen Schub für den
980 Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische
981 und schnellere Ausweisung von Naturschutzgebieten und zusammenhängende
982 Biotopverbünde und Großschutzgebiete nach dem Vorbild des ostdeutschen
983 Großschutzgebietsprogramms nach der Wende. Frei fließende Flüsse, naturnahe
984 Bäche und wilde Weiden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein und müssen – wo
985 immer möglich – erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Den
986 unnatürlichen Ausbau der Flüsse, wie er zum Beispiel an der Mittelelbe oder im
987 Odertal geplant ist, lehnen wir ab.

988 Unsere Verantwortung für besonders typische Lebensräume wie das Wattenmeer,

989 Buchenwälder und Streuobstbestände sowie für besonders bedrohte Arten wie die
990 Wildkatze oder den Feuersalamander werden wir durch Artenhilfsprogramme und
991 besondere Schutzmaßnahmen wahrnehmen. Den Bundesnaturschutzfonds werden wir
992 weiter stärken.

993 Um dies alles umzusetzen, braucht es mehr Unterstützung für die
994 Zivilgesellschaft, insbesondere in ländlichen Räumen. Denn der Erfolg des
995 Aktionsprogramms zeigt: Die Menschen und die Kommunen wollen mehr Natur – es
996 sind die Engagierten und Organisationen vor Ort, die sehr oft der Motor des
997 Natur- und Artenschutzes sind.

998 Die Staatengemeinschaft hat vor zwei Jahren in Montreal eine globale
999 Vereinbarung für den Schutz der Natur und Artenvielfalt mit ambitionierten
1000 Zielen beschlossen – das ist auch für uns ein klarer Auftrag, für den Erhalt und
1001 die Wiederherstellung intakter Ökosysteme zu arbeiten. Mit einer verbindlichen
1002 Nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir diese Ziele national umsetzen.

1003 Dort, wo wir durch den Artenschutz bereits nachhaltige Erfolge erzielt haben,
1004 sind wir auch offen für pragmatische Herangehensweisen, um existierenden
1005 Zielkonflikten gerecht zu werden. Indem wir beispielsweise beim Wolf die Regeln
1006 für Abschüsse in problematischen Fällen vereinfacht haben, erhöhen wir die
1007 Akzeptanz des Artenschutzes als Ganzes.

1008 Unsere Wälder sind wichtig für die Artenvielfalt und Verbündete beim
1009 Klimaschutz. Gleichzeitig sind sie Erholungsraum und Grundlage für die
1010 forstwirtschaftliche Nutzung. Aber wir erleben ein zweites Waldsterben.
1011 Klimawandel, Trockenheit und Schädlingsbefall haben inzwischen dazu geführt,
1012 dass Wälder mehr CO₂ emittieren als senken. Wir werden deshalb naturnahe Wälder
1013 mit heimischen und standortgerechten Baumarten erhalten und wiederherstellen. Um
1014 das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz,
1015 das natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht.

1016 **Für eine gesunde Umwelt**

1017 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1018 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer
1019 natürlichen Lebensgrundlagen. Mit sauberen Böden, frischer Luft und
1020 Rückzugsorten, an denen man auch mal seine Ruhe genießen kann, sorgen wir für
1021 mehr Lebensqualität. Ob dreckige Luft oder Lärm, wir wollen die Leitlinien der
1022 Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes
1023 Leben in Deutschland und Europa machen. Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz
1024 bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21. Jahrhundert. Dies bedeutet weniger

1025 giftige Rückstände im Boden und einen insgesamt rücksichtsvolleren Umgang aller
1026 Nutzer*innen, um die Kraft unserer Böden zu entfesseln.

1027 Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die Vermüllung
1028 von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker
1029 an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen. Spätestens ab 2045 soll kein
1030 vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.

1031 Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien
1032 (REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen. Wir unterstützen einen
1033 risikobasierten Ansatz, der die Wechselwirkungen der Chemikalien berücksichtigt.
1034 Wichtig sind uns dabei die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der
1035 Sanktionsmöglichkeiten. Stoffe, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen,
1036 wie die sogenannten Ewigkeitschemikalien nehmen wir besonders in den Blick.
1037 Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in
1038 verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen.

1039 Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen.
1040 Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die
1041 Verantwortung nehmen. Der Vermüllung von Flüssen und Meeren wollen wir durch
1042 Abwassermanagement entgegenzutreten, Nährstoffeinträge reduzieren und die
1043 Verhandlungen für ein internationales Plastikabkommen erfolgreich abschließen.
1044 Meere schützen wir auch durch ein Ende der Öl- und Gasförderung in Nord- und
1045 Ostsee bis 2035. Wir wollen Technik fördern, die eine Bergung der
1046 Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein umweltverträgliches Abfischen von
1047 Müll aus dem Meer ermöglicht.

1048 **Für sauberes Wasser und lebendige Meere**

1049 Sauberes Wasser ist zentral für unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und das
1050 Funktionieren unserer Ökosysteme. Verschmutzung und die Klimakrise bedrohen
1051 unsere Wasserressourcen. Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes
1052 Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen
1053 und Meere intakt bleiben.

1054 Mit der Nationalen Wasserstrategie haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir
1055 diese Ziele erreichen. Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen
1056 schaffen, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere
1057 Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können.

1058 Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir
1059 Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen,

1060 speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Durch faire Entgelte, besonders
1061 für intensive Nutzer, wollen wir die Nutzung lenken und Unternehmen zum
1062 Wassersparen anregen.

1063 Die verletzlichen Ökosysteme unserer Meere brauchen besonderen Schutz – deshalb
1064 entwickeln wir eine ambitionierte Meeresstrategie und schaffen damit echte
1065 Rückzugsgebiete für Fischschwärme und Meeressäuger. In einem Zehntel der
1066 deutschen Nord- und Ostsee soll die Natur völlig unberührt bleiben, während neue
1067 Schutzregeln auch in den übrigen Gewässern das Leben im Meer bewahren. Weltweit
1068 setzen wir uns weiter für ein Moratorium beim Tiefseebergbau ein. Die Einnahmen
1069 aus dem Verkauf von Meeresflächen für Windkraftanlagen sollen auch künftig
1070 direkt in den Meeresschutz fließen – so verbinden wir umweltfreundliche
1071 Stromerzeugung mit dem Schutz der Meere.

1072 Wir fühlen uns dem Schutz des Wattenmeers besonders verpflichtet. Das Wattenmeer
1073 ist eines der bioproduktivsten Ökosysteme weltweit. Es ist nicht nur Lebensraum
1074 für Schweinswale und Robben, sondern auch eine unersetzliche Nahrungsquelle für
1075 zahlreiche Zugvögel und Fischpopulationen. Dieser Schatz der Natur darf durch
1076 Gasbohrungen um Borkum nicht zerstört werden.

1077 **F. Eine zukunftsfeste Landwirtschaft**

1078 **Für starke Landwirtinnen und Landwirte**

1079 Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste
1080 Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher
1081 Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer
1082 zukunftsfesten Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist
1083 und das Wissen der Landwirt*innen.

1084 Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die
1085 Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis
1086 für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende
1087 Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche
1088 Leistungen.

1089 Die Wettbewerbsposition von Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren der
1090 Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des
1091 Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und
1092 verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und
1093 Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im

1094 oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

1095 Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir
1096 werden die Rahmenbedingungen deshalb so gestalten, dass landwirtschaftliche
1097 Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.
1098 Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt*innen treiben wir etwa durch
1099 den Ausbau von Agri-Photovoltaik sowie die Stärkung von Hanf und auch Schilf als
1100 Dämmung im Bausektor voran. Und wir unterstützen Betriebe dabei, in neuen
1101 innovativen Märkten wie alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen.

1102 Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten
1103 Konsumgewohnheiten und den stetig sinkenden Fleischkonsum, der sich aus
1104 tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Gründen vollzieht.
1105 Eine gute Prämisse sowohl im Sinne von Unternehmen als auch Tieren ist: weniger
1106 Tiere besser halten. Dafür haben wir den Umbau der Ställe für Schweine hin zu
1107 einer tiergerechten Haltung so stark gefördert wie keine Bundesregierung zuvor.
1108 Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten Legislatur dafür
1109 ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle Tierarten zu
1110 verbessern. Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt
1111 und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese
1112 Kennzeichnung werden wir auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-
1113 Verpflegung ausweiten. Kleine Gastronomiebetriebe werden wir ausnehmen.

1114 Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Verbraucher*innen gefragt. Deshalb
1115 wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk
1116 zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler
1117 Wertschöpfungsketten.

1118 **Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung**

1119 Die Auswirkungen der Klimaerhitzung, des Insektensterbens und unseres Umgangs
1120 mit gesunden Böden sind zentrale Herausforderungen für unsere
1121 Ernährungssicherheit. Zukunftsfeste Landwirtschaft stellt sich diesen
1122 Herausforderungen. Dafür braucht es neben mehr Wertschätzung auch genügend
1123 Wertschöpfung. Unnötige Bürokratie werden wir aktiv abbauen, ohne notwendige
1124 Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz abzubauen.

1125 Dafür braucht es einen möglichst sparsamen und bedachten Einsatz von Pestiziden
1126 und Düngemitteln. Der Pestizideinsatz soll EU-weit bis 2030 halbiert werden, um
1127 die EU-Farm-to-Fork-Strategie umzusetzen. Wir setzen hier auf Innovation,
1128 Digitalisierung sowie einkommenswirksame Honorierungen von Umweltsleistungen. Und
1129 wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe, die

1130 wirksam und unbürokratisch ist. Außerdem schaffen wir genügend geschützte
1131 Rückzugsräume für die Natur. Wir bringen Agroforstsysteme raus aus der Nische
1132 und rein in die Fläche. Wir unterstützen die Landwirt*innen dabei, hier Bäume
1133 und Ackerkultur zu kombinieren. Damit leisten sie einen Beitrag zum Schutz der
1134 Böden und Artenvielfalt.

1135 Eine wichtige Rolle beim Schutz der natürlichen Grundlagen spielt die
1136 ökologische Landwirtschaft. Naturschonende Erzeugungsformen müssen einen Vorteil
1137 gegenüber Produktionsweisen haben, die starke Umweltfolgen nach sich ziehen. Wir
1138 unterstützen sie daher und arbeiten deshalb weiter an dem Ziel 30 Prozent
1139 Ökolandbau bis 2030.

1140 Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Dafür
1141 führen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion ein.
1142 Bei der Biomasse setzen wir auf die sorgsame Kaskaden- und Mehrfachnutzung.
1143 Übernutzte und geschädigte Böden gefährden eine gesunde Ernährung. Sie speichern
1144 weniger Wasser und verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein
1145 neues Bodenschutzgesetz vorbeugen.

1146 **Für gute Ernährung**

1147 Jede und jeder kann selbst entscheiden, was er oder sie essen möchte. Aber nicht
1148 alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale
1149 Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte
1150 Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so
1151 gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird.

1152 Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für
1153 Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes
1154 Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über
1155 Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für
1156 ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die
1157 besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen
1158 stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und
1159 Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir
1160 uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein.

1161 Und wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch
1162 gut sind, weggeschmissen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und
1163 Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird.

1164 **Für einen verbesserten Tierschutz**

1165 Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Die Tiere, die wir nutzen,
1166 schlachten und essen, sollen keine Qualen erleiden. Das beginnt bei der Zucht
1167 und endet bei der Haltung. Wir wollen die Zucht leidensfreier Tiere fördern und
1168 Qualzuchten beenden. Dazu gehören Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst,
1169 dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten können, und Hunde, die kaum atmen
1170 können. Tierquälerei soll entschieden bestraft werden. Wir wollen allen
1171 Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da
1172 Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere
1173 rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür muss eine
1174 Tierschutzbeauftragte bzw. ein Tierschutzbeauftragter, dieses Amt wurde in
1175 dieser Legislatur geschaffen, verbindlich verankert und ein Verbandsklagerecht
1176 für anerkannte Tierschutzorganisationen eingeführt werden.

1177 Die meisten Tiere in Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten, viele
1178 immer noch mit zu wenig Platz und nicht tiergerecht. Deshalb setzen wir uns
1179 dafür ein, dass dort weniger Tiere besser gehalten werden, sich frei bewegen
1180 können und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können. Die Dauer von
1181 Tiertransporten wollen wir europaweit effektiv auf vier Stunden begrenzen,
1182 Transporte aus der EU heraus verbieten und Wege der Umgehung durch neue
1183 Transitländer verhindern. Schlachtmethoden wollen wir im Sinne des Tierschutzes
1184 verbessern.

1185 Tierversuche wollen wir reduzieren und – wo immer möglich – durch innovative,
1186 tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Das stärkt auch den modernen
1187 Forschungsstandort Deutschland.

1188 Tierheime sind bundesweit am Limit, sie müssen finanziell besser unterstützt und
1189 entlastet werden. Illegaler Tierhandel schadet Tieren und erzeugt
1190 Gesundheitsrisiken für den Menschen und gehört deshalb beendet. Wildtiere
1191 gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten nicht über gewerbliche
1192 Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle Importe von
1193 Wildfängen wollen wir beenden.

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 17.12.2024)

Titel: **WP-01-K2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar**

Antragstext

1 Die Kraft unseres Landes fußt darauf, dass alle Menschen sich selbstbewusst
2 einbringen und entfalten können. Dass ihre Leistung, ihre Erfahrung und ihre
3 Kompetenzen etwas zählen und sich der Einsatz lohnt. Die Kraft unseres Landes
4 beruht auf den Menschen, die jeden Tag anpacken, in Fabriken und Büros, in
5 Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kitas und Universitäten.

6 Es geht darum, die aktuelle Verunsicherung in neue Sicherheit zu verwandeln.
7 Denn viele Menschen fühlen sich überfordert: Steigende Mieten und
8 Lebenshaltungskosten machen das Leben für viele kaum mehr bezahlbar. Zu wenig
9 Kitapersonal und -plätze, die aufwendige Suche nach einem Arzttermin oder
10 langwierige Behördengänge machen das Leben anstrengend und kompliziert. Die
11 Leute wollen gestalten, sich etwas aufbauen, für ihre Familie sorgen, aus
12 eigener Kraft. Dafür haben sie gute Rahmenbedingungen verdient. Alle müssen sich
13 darauf verlassen können, dass der Staat die Institutionen bereithält, die sie
14 unterstützen.

15 Ein gutes Bildungssystem ist gleich in mehrfacher Hinsicht der Zentralschlüssel
16 für eine gute Zukunft unseres Landes. Hier entwickeln sich individuelle
17 Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu
18 gesellschaftlicher Teilhabe. Mit der Bildung entscheiden sich die Lebenschancen
19 junger Menschen: Das fängt grundlegend mit der Kita an und reicht bis zu
20 Ausbildung oder Studium – und darf dort nicht enden. Und das gilt ganz gleich,
21 ob man im späteren Leben im Handwerk, der Wissenschaft, im
22 Dienstleistungsgewerbe oder der Industrie arbeitet. Mit der Bildung entscheidet
23 sich zudem, ob wir unser Land fit bekommen für die Anforderungen der neuen Zeit.

24 Wir statten die jungen Menschen mit Fähigkeiten aus, die in der neuen, digitalen
25 und klimaneutralen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Es ist an der Zeit, dem
26 endlich auch in der Bundespolitik Rechnung zu tragen – Hand in Hand mit Ländern
27 und Kommunen in einem modernen Föderalismus. Wir stärken unsere Bildungssysteme,
28 damit sie besser als heute Kindern mit Migrationsgeschichte und aus
29 sozioökonomisch benachteiligten Familien die gleichen Chancen auf Teilhabe und
30 Aufstieg ermöglichen.

31 Gute Arbeit und faire Löhne sind die Grundlage dafür, sich etwas aufzubauen – in
32 materieller Sicherheit. Arbeit ist der Ort, an dem die Menschen viel Lebenszeit
33 verbringen, an dem sie ihren gesellschaftlichen Beitrag messen, an dem sie Stolz
34 ausprägen – oder auch verlieren. Diesen Stolz in die Zukunft zu tragen – in
35 einer Gesellschaft, in der man sich einbringen kann, in der Anstrengung
36 honoriert wird und das Sicherheitsnetz für alle funktioniert. Das ist unser
37 Ziel.

38 Die Frage des Wohnens ist entscheidend für die Umstände unseres Lebens. Die Wahl
39 eines Arbeitsplatzes, die Möglichkeit einer Familiengründung und die Gestaltung
40 des sozialen Umfelds hängen maßgeblich vom Wohnen ab. Es bezahlbar zu machen,
41 ist also eine entscheidende soziale Herausforderung. Wir nehmen sie an,
42 begrenzen effektiv Mieten, erleichtern das Bauen und den Zugang zu Eigentum.

43 Wir wollen für die Menschen eine angemessene und unkomplizierte soziale
44 Absicherung, die die elementaren Dinge eines Lebens in Würde abdeckt. Das gilt
45 für ein gutes und solidarisches Gesundheitssystem, das für alle da ist. Das gilt
46 für ein Pflegesystem, das verlässlich und bezahlbar ist und allen Menschen ein
47 Alter in Würde ermöglicht. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche,
48 deren Zukunft nicht von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen darf. Es
49 gilt für Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Und es gilt für eine
50 soziale Sicherung im Alter, die Geleistetes würdigt und die Angst vor der Armut
51 nimmt.

52 **A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares** 53 **Wohnen, faire Löhne**

54 **Für gute Arbeit und faire Löhne**

55 Gute Arbeit und faire Löhne sind entscheidend dafür, dass Menschen für sich und
56 ihre Familien sorgen können, dass sie sich einbringen können und stolz auf den
57 gemeinsam erreichten Wohlstand sein können. Wir wollen, dass alle Zugang zu
58 guter Arbeit haben: durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch

59 bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung
60 der Arbeitsaufnahme bzw. Abbau von Arbeitsverboten.

61 Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch
62 anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es
63 jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter
64 18-Jährige gilt. Das entspricht auch den Vorgaben, die bei der Umsetzung der
65 Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union (EU) einzuhalten sind. Und es
66 braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach Tarif arbeitet, verdient im
67 Schnitt mehr und das unter besseren Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die
68 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein
69 Tariftreugesetz werden wir öffentliche Aufträge des Bundes in der Regel an
70 Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen.

71 Die betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Sie macht die
72 Beschäftigten zu aktiven Akteuren bei der Gestaltung ihrer Arbeitswelt. Wenn
73 sich die Beschäftigten einmischen können, wenn sie ihre Arbeitsbedingungen
74 mitgestalten können, dann entsteht auch in Zeiten von Veränderungsprozessen
75 Vertrauen und Akzeptanz. Die betriebliche Mitbestimmung werden wir daher stärken
76 und auf Mitbestimmungsrechte in Sachen Klima- und Umweltschutz,
77 Qualifizierungsmaßnahmen sowie Gleichstellung im Betrieb erweitern. Gegen
78 Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von
79 Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. In Branchen,
80 die von Schwarzarbeit betroffen sind, sorgen wir für eine digitale und
81 manipulationssichere Erfassung der Arbeitszeit.

82 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird
83 Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis
84 umsetzen können. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig
85 und vollständig umsetzen. Wir wollen die Regeln verbindlicher und besser
86 einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen. Die
87 Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und flexible
88 Arbeitszeitmodelle und durch das Rückkehrrecht in Vollzeit. Eine gute
89 Kinderbetreuung ist dabei wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit
90 aller Erziehenden. Es kommt uns dabei darauf an, Arbeit und Familie vereinbarer
91 zu gestalten und Sorgearbeit fairer zu verteilen.

92 Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
93 überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende. Denn
94 sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu
95 einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale
96 Absicherung zu arbeiten. Dies verschärft auch den Arbeitskräftemangel und die
97 Altersarmut. Um mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Gehälter am unteren Ende

98 zu erhöhen, wollen wir Gehaltsangebote in Stellenausschreibungen grundsätzlich
99 transparent machen.

100 **Für bezahlbares Wohnen**

101 Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit
102 geworden. Es ist in der vergangenen Legislaturperiode leider nicht gelungen,
103 entsprechende Abhilfe zu schaffen. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft
104 stehen vor Fragen wie: Kann ich an meinem Wohnort eine Familie gründen? Kann ich
105 mir dort eine Wohnung leisten, wo ich ein Jobangebot habe? Wie kann ich im Alter
106 wohnen? Wir wollen, dass Menschen in Deutschland bezahlbaren Wohnraum finden und
107 sich keine Ängste und Sorgen um den Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Es
108 braucht mehr Wohnungen, kluge und sozialverträgliche Modernisierung und den
109 Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen im Bestand.

110 Etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt zur Miete und gibt dafür immer
111 mehr Geld aus. Die Mietpreisbremse muss verlängert werden. Sie soll Anstiege der
112 Mieten über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus zudem stärker begrenzen. Den
113 Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete wollen wir dafür
114 deutlich verlängern. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf
115 Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden Schlupflöcher
116 schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern überteuert als
117 möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden. Auch einen Stopp von
118 Mietensteigerungen über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus wollen wir für
119 sehr angespannte Wohnungslagen regional ermöglichen. Bei bestehenden
120 Mietverhältnissen, auch bei Staffel- und Indexmieten, werden wir dafür sorgen,
121 dass die Menschen nicht durch sehr starke Mietsteigerungen aus ihren Wohnungen
122 vertrieben werden.

123 Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen –
124 ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und
125 für gesellschaftliche Teilhabe. Mit dem Housing-First-Ansatz können wir
126 Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.

127 Mieter*innen wollen wir besser schützen, besonders vor dem Missbrauch von
128 Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden. Viele Menschen haben das
129 Interesse, ihre Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert
130 haben. So könnte Wohnraum besser genutzt werden. Wir wollen Menschen bei diesen
131 Plänen unterstützen, indem wir rechtliche Hürden abbauen und Förderinstrumente
132 anpassen und flexibilisieren.

133 Ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung gibt Sicherheit und Freiheit. Deshalb

134 wollen wir die Chance auf ein Eigenheim leichter zur Realität werden lassen. Wir
135 wollen den Kauf von selbst genutztem Wohneigentum und die Modernisierung leer
136 stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker fördern. Wir
137 entlasten bei den Nebenkosten wie den Makler- und Notargebühren. Eine
138 Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und eine Klimakomponente
139 beinhaltet, erleichtert auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu
140 Wohneigentum. Wenn Mieter*innen gemeinschaftlich ihr Wohnhaus übernehmen wollen,
141 beispielsweise durch eine Genossenschaft, wollen wir das unbürokratisch durch
142 günstige Kredite oder Bürgschaften unterstützen.

143 **Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen**

144 Wir wollen da, wo Wohnraum fehlt, die Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst
145 preiswertes und klimaverträgliches Bauen schaffen.

146 Dafür braucht es eine realistische Strategie. Der beste Weg liegt darin,
147 vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte
148 Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen und leer stehende Gebäude
149 wieder aktivieren. Mehrere Millionen Wohnungen könnten auf diesem Weg
150 bereitgestellt werden. Hier muss nicht aufwendig neue Infrastruktur gelegt
151 werden, was das Bauen einfacher und günstiger macht. Das scheitert bislang
152 oftmals an rechtlichen Hürden und Bürokratie. Wir wollen dieses Potenzial
153 nutzen. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und
154 bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene
155 Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß
156 zurückführen. Wir wollen es erleichtern, dass die Sanierung von Wohnungen mit
157 Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird.

158 Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher
159 bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu
160 schließen. Stattdessen stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen. Den sozialen
161 und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel
162 für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche
163 Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Die Neue
164 Wohngemeinnützigkeit wollen wir weiter stärken.

165 Klimaverträgliches Bauen und Sanieren nutzt nicht nur dem Klima, es reduziert
166 auch zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter*innen
167 ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter*innen verfügbare
168 öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Dazu gibt es
169 viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff auf
170 bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Die Kreislaufwirtschaft
171

172 beim Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe
173 geschont und Material wiederverwendet werden kann. Wir reduzieren Vorschriften,
174 die dem im Weg stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu
175 erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform
176 anerkennen. Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf
177 technischer und rechtlicher Innovationen – es ermöglicht auch neue Formen des
178 Zusammenlebens. Dieses neue Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe
des Instruments des Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

179 **Für ein gerechtes Steuersystem**

180 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Vielen Menschen geht es gut. Aber es gibt
181 auch diejenigen, die sich außer Miete und Lebensmitteln kaum etwas leisten
182 können. Diese Menschen haben besonders unter der Inflation der vergangenen Jahre
183 gelitten. Und der Wohlstand in unserer Gesellschaft ist ungleich verteilt. Das
184 reichste Prozent der Deutschen besitzt mehr Vermögen als 90 Prozent der
185 Gesellschaft zusammen.

186 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im
187 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Zum
188 Angehen dieser großen Gerechtigkeitslücken gehören folgende Möglichkeiten: eine
189 globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte
190 Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher oder eine nationale Vermögenssteuer.
191 Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit, Gemeinwohlfinanzierung und den Erhalt von
192 Betrieben, ihren Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen
193 zusammenbringen.

194 Das ist alles andere als einfach, aber wir möchten endlich etwas erreichen.
195 Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: das effektive Angehen der
196 Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für außerordentlich große Erbschaften, den
197 aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer sowie das
198 Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem
199 bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der
200 Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

201 Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die
202 Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen
203 eine Anhebung auf 1.500 Euro. Dies wird dazu führen, dass mehr als die Hälfte
204 der Arbeitnehmer*innen keine Belege für ihre Steuererklärung mehr sammeln muss.
205 Wer höhere Auslagen hat, kann sie bei der Steuererklärung wie gewohnt angeben.

206 Um insbesondere niedrige Einkommen zielgenau und unbürokratisch zu entlasten,

207 führen wir Steuergutschriften ein. Das ist ein Baustein, um die Arbeitsanreize
208 im Bürgergeldsystem zu erhöhen. Alleinerziehende entlasten wir gezielt durch
209 eine Steuergutschrift. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Den Solidaritätszuschlag
210 werden wir in den Einkommensteuertarif integrieren.

211 **B. Eine gute Bildung für gute Chancen**

212 **Für gute und verlässliche Kitas**

213 Gute Kitas und Ganztagsbildung sind der entscheidende Grundstein für die Zukunft
214 unserer Kinder. Eine gute und verlässliche Betreuungsinfrastruktur mit einem
215 gestärkten Bildungsangebot bietet Kindern gleiche Chancen von Anfang an und
216 ermöglicht Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Ein Gewinn für
217 unsere Gesellschaft insgesamt.

218 Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze
219 fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren
220 Nachwuchs ergattern, wird der Betrieb regelmäßig wegen Personalknappheit
221 eingeschränkt oder ganz eingestellt. Es fehlen schon jetzt Erzieher*innen, und
222 wir wissen, dass bereits viele an oder über der Belastungsgrenze arbeiten.
223 Deshalb investieren wir in gute Kitas und die Gewinnung von Erzieher*innen und
224 unterstützenden Arbeitskräften. Außerdem setzen wir uns für schulgeldfreie
225 Ausbildungen, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung
226 ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen ein.
227 Denn nur wenn ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte ausreichend Zeit für ihre
228 Arbeit haben, können unsere Kitas dauerhaft Bildung und Betreuung auf hohem
229 pädagogischen Niveau ermöglichen.

230 Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2
231 Milliarden Euro in gute Kitas. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite
232 Qualitätsstandards im Kitabereich gesetzlich festschreiben und im Bund die
233 Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen und verstetigen. Ein besonderes
234 Augenmerk haben wir dabei auf Kitas mit einem hohen Anteil sozioökonomisch
235 benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen. Und wir werden
236 steuerliche Anreize für Unternehmen einführen, die selbst oder in Kooperation
237 Kitaplätze schaffen, sodass Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur
238 Arbeitsstelle betreut werden können.

239 **Für starke Schulen mit starken Kindern**

240 Schulen sind für Heranwachsende neben der Familie der Mittelpunkt ihres Lebens.

241 Hier entwickelt sich die Persönlichkeit, hier wird gelebt und gelacht. Daher ist
242 es so wichtig, dass jede bzw. jeder sich dort zugehörig fühlt und angenommen
243 wird. Schulen befähigen Kinder und Jugendliche auch dabei, ihre selbstbestimmte
244 und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Daher hat jeder junge Mensch die beste
245 Bildung verdient – ganz unabhängig von Herkunft oder Wohnort.

246 Den Startschuss für einen Bildungsaufbruch haben wir in der Bundesregierung
247 gegeben: Als größtes Bund-Länder-Schulprogramm der Geschichte unseres Landes
248 haben wir mit dem Startchancen-Programm in Höhe von 20 Milliarden Euro gemeinsam
249 für einen kraftvollen Schub für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt.

250 Aber unser Land braucht deutlich mehr: Eine gemeinsame Bildungsoffensive, um
251 noch mehr Schulen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zu erreichen. Mit
252 einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern
253 und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.

254 Dadurch sorgen wir für moderne und barrierefreie Schulgebäude mit dichten
255 Dächern, funktionierenden Toiletten und digital ausgestatteten Klassenräumen.
256 Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion.
257 Wir stärken die Kompetenzen und Leistungen der Kinder und legen dabei einen
258 Schwerpunkt auf den Erwerb von Basiskompetenzen, die für einen erfolgreichen
259 Bildungsweg unverzichtbar sind. Wir fördern die digitalen Fähigkeiten,
260 Medienkompetenz, Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung. Die
261 Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund, Ländern
262 und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den Ausbau
263 guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote.

264 Diese Unterstützung soll dort ankommen, wo sie besonders gebraucht wird. Statt
265 nur nach dem Königsteiner Schlüssel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft zu
266 finanzieren, wollen wir die Finanzierung stärker an den tatsächlichen Bedarfen
267 ausrichten. Wir brauchen eine engere Kooperation zwischen Bund und Ländern in
268 der Bildungspolitik. Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und
269 notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den
270 Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen
271 Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch
272 über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen.

273 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir außerdem auf den Spracherwerb legen.
274 Denn Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir wollen erreichen, dass alle
275 Kinder am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können, weil
276 nur wer die deutsche Sprache versteht und beherrscht, am Unterricht und der
277 Gemeinschaft teilhaben, sich entfalten und lernen kann. Die Sprachförderung muss
278 deshalb als durchgängiger Prozess angelegt werden, der in der Kita beginnt und

279 sich in der Schule fortsetzt.

280 **Für eine gute Bildung, die allen offensteht**

281 Unser Land braucht weitere energische Schritte für mehr Fachkräfte – in
282 Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen oder in der Pflege. Nur so
283 können wir den notwendigen Umbau der Wirtschaft und den demografischen Wandel
284 bewältigen. Oft bleiben Ausbildungsplätze aber unbesetzt, offene Stellen können
285 nicht nachbesetzt werden. Dabei stehen 2,9 Millionen junge Menschen in
286 Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.

287 Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft
288 junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle und rechtliche
289 Rahmenbedingungen für Auszubildende. Durch eine deutliche Anhebung der
290 Mindestausbildungsvergütung werden wir die Attraktivität der Ausbildung erhöhen.
291 Wir wollen für Azubis auch den Führerscheinerwerb fördern und eine Lösung für
292 ein Azubi-Deutschlandticket finden. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage
293 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die
294 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern. Zur
295 Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung der überbetrieblichen
296 Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir Ausbildungsverbände, um die
297 Anzahl passender Stellen für Auszubildende und Betriebe zu erhöhen.

298 Wir verbessern die Berufsorientierung für junge Menschen und informieren dort,
299 wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen. Dies erfordert die aktive
300 Einbeziehung von Ausbildungsbetrieben und Hochschulen, Eltern sowie Vorbildern
301 aus der beruflichen Bildung. Mehr praxisnahe Angebote können helfen, den
302 Horizont für die Berufswahl zu weiten.

303 Eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ebnet gleichwertig einen starken Weg
304 in die berufliche Zukunft. Wir wollen nicht, dass finanzielle Gründe oder die
305 soziale Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen
306 wird. Nach dem größten Update für das BAföG in dieser Wahlperiode machen wir es
307 jetzt zukunftsfest, für Studium und berufliche Bildung: Das BAföG soll
308 existenzsichernd sein, auch bei steigenden Lebenshaltungskosten. Wir erhöhen die
309 Freibeträge bei den elterlichen Einkommen und öffnen das BAföG für mehr
310 Menschen. Für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen,
311 reformieren wir das Aufstiegs-BAföG und ermöglichen den Bezug in Teilzeit, die
312 Förderung gleichwertiger Fortbildungsabschlüsse sowie ein vollständig
313 digitalisiertes Antragsverfahren.

314 Für mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende möchten wir den

315 Bau von neuen Wohnheimen über das von uns in der laufenden Wahlperiode
316 aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ weiter fördern.

317 Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen und dafür
318 sorgen, dass die allgemeine Weiterbildung als wichtige Säule des
319 lebensbegleitenden Lernens weiter gestärkt wird.

320 **Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft**

321 Hochschulen sind Orte der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind
322 Triebfedern unserer Gesellschaft, indem sie Ideen und Lösungen für die großen
323 und die ganz konkreten Probleme unserer Zeit entwickeln. Sie sind Orte der
324 freien und kritischen Debatte und der produktiven Reibung, ohne die kein
325 wissenschaftlicher Fortschritt möglich ist. Gute Ausstattung und
326 Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt garantieren den
327 gerechten Zugang.

328 Mit einer „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“ wollen wir Hörsäle, Labore und
329 Bibliotheken, die oftmals baufällig oder veraltet sind, gemeinsam mit den
330 Ländern modernisieren und zu Experimentierräumen für den nachhaltigen, digitalen
331 Wandel machen. Die bestehenden Bund-Länder-Pakte für Hochschule, Wissenschaft
332 und Forschung wollen wir fortführen, weiterentwickeln und gezielt ergänzen.

333 Eine auskömmliche Grundfinanzierung stärkt die Hochschulen als Orte von Bildung,
334 guter Arbeit und innovativer Forschung. Wenn sie richtig eingesetzt werden und
335 die tatsächlich anfallenden Kosten abdecken, können Drittmittel zusätzliche
336 Dynamiken entfachen. Damit sich Wissenschaftler*innen auf ihre eigentliche
337 Arbeit konzentrieren können, wollen wir in diesem Kontext Bürokratie abbauen und
338 vereinfachen.

339 Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für eine chancengerechte,
340 zukunftsste Wissenschaft. Wir wollen den Anteil befristet Beschäftigter
341 deutlich senken, indem wir wissenschaftliche Qualifikation als Sachgrund enger
342 und klarer fassen, die Tarifsperre abschaffen und gemeinsam mit den Ländern mehr
343 Dauerstellen neben der Professur garantieren. Wir wollen Frauen in der
344 Wissenschaft gezielt fördern und Machtmissbrauch und Diskriminierung
345 entgegenwirken.

346 Auch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wollen wir den
347 internationalen Austausch der Wissenschaft fördern und vereinfachen, etwa durch
348 schnellere Visavergaben, die Stärkung der Mittlerorganisationen und bessere
349 Beratung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen mehr Menschen

350 den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.
351 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster
352 Politik und es ist zugleich Aufgabe der Politik, die Freiheit der Wissenschaft
353 zu verteidigen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder wie etwa der
354 Klima- oder Geschlechterforschung stellen wir uns entschieden entgegen, stärken
355 die Wissenschaftskommunikation und schützen Betroffene vor Anfeindungen.

356 **C. Mitten im Leben – in jeder Lebensphase**

357 **Für starke Familien**

358 Steigende Mieten und Energiekosten, veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt,
359 die Angst, nicht mehr mitzukommen – diese Sorgen treffen Familien in besonderem
360 Maße. Und die vielerorts mangelnde Kinderbetreuung kommt als weitere Belastung
361 hinzu. Alle Familien sollen sich daher auf gute und unterstützende
362 Rahmenbedingungen verlassen können, die zu ihrem Leben passen. Dafür braucht es
363 finanzielle Unterstützungen, die Familien fördern und in schwierigen
364 Lebensphasen Sicherheit geben.

365 Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von
366 Familien. Mit der stärksten Erhöhung des Kindergeldes in den vergangenen 30
367 Jahren und der Einführung des Kindersofortzuschlags konnten wir Millionen von
368 Familien auf dem Höhepunkt der Inflation gezielt entlasten. Perspektivisch
369 koppeln wir die Erhöhung des Kindergeldes an die regelmäßige Erhöhung des
370 Kinderfreibetrages und sorgen dafür, dass alle Kinder das gleiche Maß an
371 finanzieller Unterstützung erhalten – egal wie viel ihre Eltern verdienen.

372 Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die
373 spätere Aufgabenteilung. Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt
374 sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Deshalb
375 gestalten wir das Elterngeld attraktiver und setzen Anreize für eine
376 partnerschaftlichere Aufteilung. Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der
377 Einführung des Elterngeldes unverändert ist, wollen wir auf 400 bzw. 2.400 Euro
378 erhöhen.

379 Wir werden Vätern oder Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten zwei
380 Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der Arbeit
381 freizustellen. So können Eltern gemeinsam ins Familienleben starten. Durch die
382 Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine
383 Fehlgeburt erleiden, besser unterstützen, wenn sie dies möchten.

384 Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit
385 besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei
386 der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die
387 Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.
388 Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen
389 Umlagefinanzierung beteiligen.

390 Auch über 2025 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld
391 beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen.

392 Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen.
393 Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen
394 finanziell kaum über die Runden. Wir wollen die Steuerlast von Alleinerziehenden
395 durch einen Freibetrag senken und ihnen das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf
396 den Unterhaltsvorschuss anrechnen. Damit entlasten wir Alleinerziehende und ihre
397 Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern
398 wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Rechtsansprüchen auf
399 Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie
400 bei beiden Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im
401 Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen.

402 **Für die Teilhabe der Jüngsten – gegen Kinderarmut**

403 Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere
404 Bildungschancen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist
405 armutsgefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielen
406 darf, in welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt.

407 Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinderarmut in
408 Deutschland haben wir es geschafft, dass mehr Familien als bisher ihnen
409 zustehende Leistungen wie den Kinderzuschlag auch tatsächlich beantragen und
410 erhalten. Auch konnten sich Millionen von Familien über die stärkste Erhöhung
411 des Kindergeldes in den vergangenen 30 Jahren und die Einführung des
412 Kindersofortzuschlags freuen.

413 Da unsere Sozialleistungen aber weiterhin nicht von allen Anspruchsberechtigten
414 abgerufen werden, müssen sie einfacher, digitaler, bürgerfreundlicher und
415 transparenter werden. Das gilt insbesondere für den bisherigen Kinderzuschlag
416 und die Leistungen der Bildung und Teilhabe. Das Ziel der Kindergrundsicherung
417 ist deshalb klar: Wir wollen Leistungen bündeln, Antragsverfahren weiter
418 verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen
419 zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an,

420 bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche informiert werden. Unser Ziel ist
421 die Hilfe aus einer Hand, damit jede Familie nur noch eine zentrale
422 Ansprechstelle für Leistungen für Familien von Bund, Land und Kommune hat, die
423 sowohl digital als auch vor Ort erreichbar ist. Die Beantragung und Auszahlung
424 soll, soweit möglich und kosteneffizient, pauschal und automatisiert erfolgen,
425 um den Zugang zu erleichtern. Die Überwindung von unterschiedlichen
426 Rechtskreisen und Zuständigkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen muss
427 dabei im Hintergrund automatisiert stattfinden.

428 Diesen Ansatz wollen wir auch als Vorlage für die weitere Modernisierung unseres
429 Sozialstaates nehmen. Die verschiedenen Sozialleistungen müssen besser
430 aufeinander abgestimmt werden und ineinandergreifen. Dafür wollen wir die
431 notwendigen rechtlichen und technischen Grundlagen schaffen.

432 Neben der Modernisierung der Verwaltung wollen wir weiterhin insbesondere das
433 soziokulturelle Existenzminimum für Kinder neu berechnen und Alleinerziehende
434 bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen entlasten.

435 **Für einen guten Start der jungen Generation**

436 Junge Menschen haben in der Pandemie verantwortungsvoll und solidarisch mit
437 älteren und vulnerablen Teilen unserer Gesellschaft zurückgesteckt und auf
438 Freiheiten verzichtet – und die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre
439 besonders gespürt. Deswegen legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, der
440 jungen Generation Gehör zu verschaffen, sie zu unterstützen und zu entlasten,
441 sie in ihren Rechten zu stärken und ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

442 In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor
443 Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige
444 Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn
445 Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit
446 aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans und der
447 sogenannten Frühen Hilfen wollen wir aufstocken.

448 Migrantische Jugendverbände wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit
449 als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen unabhängig von
450 Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire Chancen und Teilhabe bieten.

451 Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren
452 verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Mit den Mental Health Coaches und ihren
453 Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen
454 geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. Bewährte Anlaufstellen wie die

455 Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen brauchen eine bedarfsgerechte
456 finanzielle Ausstattung.

457 Wichtig ist, dass wir Verbesserungen für junge Menschen mit jungen Menschen
458 zusammen gestalten und sie stärker beteiligen. Damit junge Menschen ihre Ideen
459 und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können, wollen wir
460 Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf
461 kommunaler Ebene, stärken. Parteiübergreifend wollen wir darauf hinarbeiten, die
462 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz zu schreiben und das Wahlalter auch auf
463 Bundesebene auf 16 Jahre zu senken.

464 Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass
465 alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale
466 Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge
467 Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins
468 Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung
469 fördern.

470 Junge Menschen haben auch das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders
471 wichtig sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte
472 Gewalt. Wir werden die vorhandenen Strukturen zum Kinder- und Jugendschutz
473 stärken und denken Maßnahmen vom Kind aus – durch einheitliche
474 Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für
475 Gutachter*innen, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen
476 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Strafverfolgung durch
477 die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen
478 von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und
479 Familie.

480 **Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter**

481 Ältere Menschen stehen mitten im Leben – heute mehr denn je. Ältere sind
482 wichtige Säulen in unserer Gesellschaft. In unzähligen Vereinen,
483 Nachbarschaftstreffs und Initiativen teilen sie ihre Zeit, Erfahrung und
484 Lebensklugheit und bringen sich durch ihr Ehrenamt ein. Großeltern unterstützen
485 in der Kinderbetreuung und sorgen in vielen Familien dafür, dass Kinder und
486 Beruf gut miteinander vereinbart werden können. Das schätzen und unterstützen
487 wir.

488 Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen
489 einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden. Und wir erleichtern den
490 selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Rentenbezug durch flexiblere

491 Übergänge und investieren in Präventions- und RehaMaßnahmen. Das ist auch ein
492 wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. In den vergangenen Jahren ist es
493 gelungen, das Thema Einsamkeit aus der Tabuecke zu holen. Mit der nationalen
494 Strategie gegen Einsamkeit binden wir auch Länder, Kommunen und Verbände ein.

495 Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Treffpunkte für Jung und Alt und sorgen für
496 Zusammenhalt und Gemeinschaft, die wir unterstützen wollen. Doch auch das
497 Mehrgenerationenwohnen, das gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen zum
498 Ziel hat, wollen wir fördern.

499 Damit auch ältere Menschen die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt
500 nutzen können, arbeiten wir an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln
501 oder erneuern können. Mit Maßnahmen wie dem DigitalPakt Alter sorgen wir dafür,
502 dass Ältere lange selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben
503 teilnehmen können.

504 **D. In jeder Lebensphase abgesichert**

505 **Für eine gute Gesundheitsversorgung überall**

506 Viele Menschen sind heutzutage bis ins hohe Alter aktiv. Zugleich sind ältere
507 Menschen aber auch häufig auf Behandlungen und Pflege angewiesen. Das stellt uns
508 vor eine doppelte Herausforderung: Denn wir brauchen Fachkräfte für eine
509 angemessene Versorgung und würdevolle Pflege. Und wir müssen die gestiegenen
510 Kosten schultern, ohne dass die Versicherten zu große Lasten tragen müssen.

511 Dabei wollen wir, dass die Patient*innen zur richtigen Zeit am richtigen Ort
512 eine optimale Versorgung erhalten, statt lange und aufwendig nach
513 Behandlungsterminen zu suchen und darauf zu warten. Deshalb wollen wir die
514 Primärversorgung insbesondere durch Hausärzt*innen stärken, um eine bessere
515 Behandlungsqualität zu erreichen.

516 Unterversorgte Gebiete wollen wir stärker unterstützen. Die Verteilung von
517 niedergelassenen Ärzt*innen muss enger mit der Krankenhausplanung der Länder
518 verknüpft werden. Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von
519 ambulanter und stationärer Versorgung wollen wir überwinden, um bessere
520 Kooperation und Koordination zu fördern. Durch regionale Verbände
521 (Gesundheitsregionen) sowie gemeinsame Versorgungszentren, in denen verschiedene
522 Therapie- und Pflegeberufe unter einem Dach zusammenarbeiten, sorgen wir für
523 eine gute Versorgung vor Ort. Und wir wollen Maßnahmen ergreifen, um Fehl- und
524 Überversorgung abzubauen.

525 Vertragsärzt*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie entlasten und den
526 Sprechstundenanteil für gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient*innen
527 schneller Termine erhalten.

- 528 • [WP-01-K2-536](#)

529 Die Krankenhausreform werden wir nachbessern, zusammen mit den Ländern umsetzen
530 und nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den
531 Kosten beteiligen. Wir werden gemeinsam eine gute Krankenhausreform umsetzen.
532 Oberste Priorität hat für uns dabei, dass für alle Menschen in unserem Land
533 Krankenhäuser und bestmögliche Grundversorgung schnell erreichbar sind. Die
534 Notfallversorgung, den Rettungsdienst und die Finanzierung der Apotheken wollen
535 wir im Hinblick auf eine gute, flächendeckende und effiziente Versorgung
536 reformieren. Für die Gesundheitsberufe wollen wir mehr Kompetenzen und so eine
537 bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreichen. Auch in
538 der Geburtshilfe wollen wir attraktive Arbeitsbedingungen für Hebammen,
539 besonders im Krankenhaus.

540 In den ländlichen Regionen – gerade in Ostdeutschland – ist das
541 Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf
542 müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für
543 Gemeindeggesundheitspfleger*innen, früher die Gemeindegeschwester, und „Medizin auf
544 Rädern“. Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen wollen wir weiter
545 vorankommen. Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen
546 könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht werden, auch durch
547 den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Die Nutzung von Daten für Forschung und
548 Versorgung haben wir verbessert und werden auf diesem Wege weitergehen.

549 **Für eine verlässliche und würdige Pflege**

550 Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen,
551 egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in
552 einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können,
553 würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Wir wollen Angebote
554 im Quartier, also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern.

555 Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Es ist eines
556 Sozialstaates unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens
557 aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir haben
558 die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend
559 benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.

560 Wir wollen die Situation der Menschen verbessern, die selbst Angehörige oder
561 nahestehende Personen pflegen. Eine Aufgabe, die erfüllend sein kann, aber auch
562 Kraft und Zeit kostet und ohne die die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen
563 in Deutschland nicht möglich wäre. Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege
564 reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten
565 Ausgleichs der entgangenen Einkünfte. Die Leistung soll so ausgestaltet sein,
566 dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen
567 sollen besser und flexibler möglich sein. Den Zugang zur Tagespflege wollen wir
568 verbessern und Angebote ausbauen. Pflegebedürftige sollen Pflege, therapeutische
569 Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung flexibler als bisher in
570 Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum Beispiel in Form eines
571 Pflegebudgets.

572 Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren
573 Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job
574 verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen.
575 Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern –
576 dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses
577 Potenzial wollen wir durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer
578 Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere
579 Aufstiegschancen nutzen. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und
580 für die Pflegeassistenz vereinheitlichen. Und wir wollen Dokumentationspflichten
581 und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren, damit Pflegekräfte
582 wieder dafür Zeit haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen.

583 **Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung**

584 Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist dafür da, kranke Menschen zu heilen und
585 pflegebedürftige gut zu pflegen. In den vergangenen Jahren wurden den
586 Versicherungen jedoch viele Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten
587 finanziert werden sollen. Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die
588 Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten.
589 Dazu gehört, dass wir die Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden
590 Angehörigen oder die Beiträge für Empfänger*innen von Bürgergeld angemessener
591 über den Staat finanzieren. Damit bleibt auch mehr Geld im System, um in gute
592 Gesundheit und Pflege zu investieren.

593 In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch
594 dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung
595 bleibt und für die Menschen arbeitet. Wir wollen den Einfluss von
596 Finanzinvestoren auf unsere Gesundheits- und Pflegeversorgung begrenzen. Deshalb
597 wollen wir öffentliche und gemeinnützige Träger stärken und für eine bezahlbare
598 und gerechtere Kranken- und Pflegeversicherung sorgen.

599 Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer
600 Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis
601 hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Auf
602 dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung werden wir neben den gesetzlich
603 Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen
604 Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen. Auch in der Pflege wollen
605 wir auf dem Weg hin zu einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich
606 zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich
607 alle gerecht an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen
608 Versicherte mit finanziell starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege
609 und Gesundheit bei als solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen. Die
610 Beitragsbemessung werden wir reformieren und beispielsweise auch
611 Kapitaleinnahmen zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems
612 heranziehen. Damit schützen wir auch Löhne und Gehälter vor höheren
613 Beitragsabgaben. Um freiwillig versicherte, geringverdienende oder in Teilzeit
614 beschäftigte Soloselbstständige besser abzusichern, werden wir die
615 Mindestbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung reformieren.

616 Für die Beamt*innen werden wir die Wahlfreiheit stärken.

617 **Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik**

618 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine vorsorgende Politik, die die
619 Ursachen von Krankheiten in den Blick nimmt und angeht. Prävention und
620 Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen
621 Politikbereichen verfolgen. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst
622 stärken und dabei vor allem Menschen in sozioökonomisch benachteiligten
623 Verhältnissen in den Blick nehmen.

- 624 • [WP-01-K2-629](#)

625 Seelische Gesundheit ist ein Fundament für Lebensqualität und körperliche
626 Gesundheit. Es ist nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen
627 Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen. Wir schlagen daher
628 einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen, insbesondere
629 Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu
630 passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Therapieplätze,
631 Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal werden wir ausbauen.

632 Mit Blick auf die steigende Anzahl von Betroffenen von ME/CFS und Long Covid
633 müssen Projekte zur Ursachen- und Versorgungsforschung ausreichend finanziert
634 und vorangetrieben werden. Betroffene wurden oft viel zu lang stigmatisiert –

635 wir wollen eine bestmögliche Versorgung nach dem Stand der wissenschaftlichen
636 Erkenntnisse sicherstellen.

637 Wir wollen unser Gesundheitswesen auf Epidemien, große Katastrophen und
638 militärische Bedrohungen besser vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel den
639 Vorrat an Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige
640 Katastrophenschutzübungen. Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir
641 weiter stärken.

642 Mit dem Cannabisgesetz haben wir den Schutz von Gesundheit, Jugend und
643 Verbraucher*innen in den Mittelpunkt gestellt und setzen auf Vernunft statt
644 Kriminalisierung. Diesen Wechsel in der Drogenpolitik, der die Befähigung zum
645 eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt, wollen wir
646 fortführen. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften
647 halten wir weiter fest und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene
648 dafür ein, auch um damit den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität
649 weiter einzudämmen. Mit Blick auf die enormen Mengen an Kokain, Crack und
650 synthetischen Opioiden, die in vielen deutschen Großstädten ankommen, werden wir
651 die Ressourcen der Polizei und des Zolls auch im Hinblick auf die Bekämpfung der
652 dahinterstehenden Strukturen der Organisierten Kriminalität stärken.
653 Gleichzeitig wollen wir die Angebote für Prävention, Therapie und
654 Schadensminderung ausbauen, damit Menschen gar nicht erst abhängig werden oder
655 ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank sind.

656 **Für eine zukunfts feste und würdige Rente**

657 Die Sicherheit ihrer Altersvorsorge ist für viele Menschen gerade in
658 Krisenzeiten ein entscheidender Stabilitätsanker. Die Menschen in diesem Land
659 sollen sich auf stabile Renten verlassen können. Das gilt heute und morgen, für
660 aktuelle und zukünftige Generationen, also auch und erst recht für diejenigen,
661 die jetzt in ihre Rentenkasse einzahlen. Gleichzeitig werden wir die Kosten des
662 demografischen Wandels gerecht über die Generationen verteilen. Langjährig in
663 der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter eine
664 auskömmliche Rente erwarten, daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei
665 mindestens 48 Prozent halten.

666 Das beste Mittel für eine verlässliche Altersvorsorge und einen möglichst
667 geringen Rentenbeitragssatz sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in
668 die Rente einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige
669 Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
670 durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das
671 Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit. Durch
672

673 qualifizierte Zuwanderung stärken wir unsere Wirtschaftskraft und steigern die
674 Beitragszahlungen in die Rente. Und wir schaffen Anreize, um ältere Beschäftigte
675 gesünder und länger im Erwerbsleben zu halten. Dafür investieren wir auch in
676 Präventions- und Rehamaßnahmen und ermöglichen flexible Übergänge in die
677 Altersrente. Um die Renten zu stärken, werden wir auch den Mindestlohn anheben
und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.

678 Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir
679 als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bürgerversicherung, dass auch
680 Abgeordnete und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des
681 Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen. Auch nicht
682 anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen
683 einbeziehen.

684 Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den
685 Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die
686 Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in
687 Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug
688 noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und
689 Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen
690 freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden.

691 Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung den Einstieg in eine
692 notwendige ergänzende Kapitaldeckung – und zwar mittels Darlehen aus dem
693 Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Hierfür führen wir
694 einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ein, der Nachhaltigkeitskriterien
695 berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.
696 Der Bürger*innenfonds soll auch in europäische und deutsche Start-ups und
697 Wachstumsunternehmen investieren. Mit den daraus resultierenden Erträgen werden
698 wir geringe und mittlere Renten stärken, was insbesondere Frauen und Menschen in
699 Ostdeutschland unterstützt.

700 Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten
701 Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger*innenfonds
702 zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Dafür
703 werden wir die Freibeträge für Kleinsparer*innen erhöhen, sie dynamisch an die
704 Inflation anpassen und die öffentliche Zulagenförderung auf niedrige und
705 mittlere Einkommen fokussieren. Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen.
706 Den Bürger*innenfonds öffnen wir als fairen und transparenten Weg auch für die
707 betriebliche Altersversorgung, damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von
708 kleinen und mittleren Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren.

709 Auch Menschen mit geringem Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche

710 Rentenansprüche zu erwerben und so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente
711 werden wir zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln,
712 die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt.
713 Zur Finanzierung dieses Instruments können auch Erträge des Bürger*innenfonds
714 beitragen.

715 Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aus
716 gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können, verdienen unsere
717 solidarische Unterstützung. Deshalb wollen wir die Erwerbsminderungsrente
718 verbessern. Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente
719 mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach
720 jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze
721 erreicht haben.

722 **Für verlässliche soziale Sicherung**

723 In schwierigen Zeiten braucht es einen verlässlichen Sozialstaat, der Menschen
724 unter die Arme greift, wenn sie in Not geraten. Denn jeder Mensch hat das Recht
725 auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Deswegen haben wir Hartz IV
726 überwunden und es durch das Bürgergeld ersetzt. Es schützt vor Armut und
727 ermöglicht die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Statt arbeitslose und
728 arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen, unterstützen wir und sorgen
729 gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Das heißt: Diejenigen, die
730 arbeiten, sollen mehr haben. Zu einer verlässlichen sozialen Sicherung gehört
731 für uns daher auch, den Mindestlohn zu erhöhen und prekäre Beschäftigung
732 abzubauen. So stärken wir Menschen in Zeiten des Wandels, geben Sicherheit und
733 eröffnen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

734 Wir stehen dafür ein, dass Menschen existenz- und teilhabesichernde Leistungen
735 so lange erhalten, bis sie in Arbeit sind. Unser Ziel ist es, so viele Menschen
736 wie möglich in zumutbare Arbeit oder Selbstständigkeit zu führen. Auf dem Weg
737 dahin unterstützen wir sie durch Qualifizierung, Ausbildung, Weiterbildung und
738 vor allen Dingen durch schnelle und nachhaltige Vermittlung. Wir fordern dabei
739 ihre aktive Mitwirkung ein. Wir wollen den Arbeitsagenturen und Jobcentern die
740 Instrumente an die Hand geben, diesen Auftrag zu erfüllen.

741 Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit und schaffen
742 Arbeitsgelegenheiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt
743 heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche Unterstützung
744 angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren
745 Stundenumfang zu erhöhen.

746 Zu den staatlichen Sozialversicherungssystemen sollen alle Zugang haben –
747 unabhängig davon, ob sie selbstständig oder abhängig beschäftigt arbeiten. Für
748 Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen
749 Arbeitslosenversicherung.

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 17.12.2024)

Titel: **WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen**

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde der Menschen.
3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken
5 Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.

6 Demokratie geht von den Bürger*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt freier Wettbewerb um die beste Idee und
8 Lösung - und hat deshalb die Kraft zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden
9 Probleme zu lösen. Sie lebt von gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt,
10 von der Kompromiss – und Koalitionsbereitschaft unter Demokrat*innen. Im
11 Angesicht der Bedrohungen für unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen
12 uns als Land auf unsere demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie
13 stärken heißt, sie nach innen lebendig zu halten. Demokratie stärken heißt,
14 jetzt die drängenden Zukunftsfragen anzugehen.

15 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
16 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
17 Streitbar unter Demokrat*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
18 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
19 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.

20 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
21 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
22 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch

23 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
24 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist*innen und einen starken
25 Bevölkerungsschutz.

26 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
27 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
28 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
29 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
30 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe
31 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.
32 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie
33 Russland oder China.

34 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische
35 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
36 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
37 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
38 Demokratie. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und reformieren. Als
39 größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür besondere
40 Verantwortung.

41 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und
42 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die
43 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische
44 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Konflikt in Nahost, humanitäre Notlagen wie
45 in Gaza oder im Sudan, aber auch die Klimakrise erfordern höchste
46 Aufmerksamkeit. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für
47 die internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen
48 wir Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen
49 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten
50 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden.

51 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die
52 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,
53 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem
54 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.
55 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
56 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die
57 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe
58 und Selbstbestimmung.

59 **A. Eine lebendige Demokratie**

60 **Für demokratischen Zusammenhalt**

61 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in
62 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder
63 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in
64 Kirchen, Moscheen oder Synagogen kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören
65 auch kulturelle Einrichtungen wie Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die
66 Raum für neue Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben.

67 Damit wir gut zusammen leben, müssen Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur
68 funktional und sauber, sondern für alle Menschen sicher sein. Wir schaffen
69 öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen, weil sie Zugang haben
70 und sich wohlfühlen. Auch Kulturorte, Geschäfte und Gastronomie sind Teil davon:
71 Wir wollen diese Orte im Gewerbemietrecht vor Verdrängung schützen.

72 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und
73 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal
74 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.
75 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung
76 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und
77 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern
78 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von
79 Journalist*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –
80 auch durch gemeinnützige Ansätze. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf
81 attraktiver und sicherer, um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu
82 gewinnen.

83 Wir würdigen den Beitrag der Kirchen sowie der Religions- und
84 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt.

85 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

86 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere
87 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte – auch weil
88 aus ihr die Chance auf eine gute Zukunft erwächst. Deshalb zählt ein guter
89 Geschichtsunterricht an den Schulen zum Fundament unserer Demokratie. Deshalb
90 pflegen wir unsere Erinnerungsorte – in denen wir etwas über das
91 Menschheitsverbrechen der Shoah erfahren, aber auch über demokratische Aufbrüche
92 und bürgerschaftlichen Mut.

93 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!
94 Deswegen ist es wichtig, die KZ-Gedenkstätten mit ausreichend Mitteln

95 auszustatten. Besonders nach dem Verschwinden der Zeitzeug*innen sind sie
96 wichtige Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an
97 kommende Generationen. Deswegen wollen wir es allen Schüler*innen ermöglichen,
98 einmal in ihrer Schulzeit eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch
99 finanziell unterstützen.

100 Wir intensivieren die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm
101 resultierenden historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei
102 nehmen wir explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die
103 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung werden
104 wir weiter aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

105 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen. Wir
106 stehen zur Realisierung des geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg
107 und deutsche Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“.
108 Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht werden wir konsequent fortführen und
109 die Errichtung des Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft
110 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute an den oft
111 schwerwiegenden Folgen, sie müssen besser unterstützt werden. Opfer des DDR-
112 Doping-Systems wollen wir in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufnehmen.

113 Gleichzeitig erinnern wir uns an das einzigartige Glück Deutschlands, die
114 friedliche Revolution geschafft zu haben, weshalb wir heute in einem vereinten
115 Deutschland im Herzen Europas leben können. Das Zukunftszentrum für Deutsche
116 Einheit und Europäische Transformation in Halle wollen wir als einen Ort der
117 Würdigung, des Austausches der Erfahrungen und der Forschung unterstützen.

118 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen
119 Kolonialvergangenheit im Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben und
120 wollen dies durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler
121 Initiativen in die Gesellschaft tragen.

122 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der
123 Einwanderungsgesellschaft öffnen und die Erinnerung an die Opfer von rechter
124 Gewalt dauerhaft darin aufnehmen.

125 **Für handlungsfähige Kommunen**

126 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu
127 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen
128 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger*innen verlässliche öffentliche
129 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe

130 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft
131 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

132 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu
133 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,
134 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Schwimmbäder, Jugendclubs, Sportplätze und
135 Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro. Durch den
136 Deutschlandfonds geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend
137 notwendigen Investitionen zu finanzieren.

138 Viele finanzschwache Kommunen stecken in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder
139 eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine faire Unterstützung bei
140 kommunalen Altschulden ein. An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die
141 Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder
142 Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.

143 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die
144 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von
145 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.
146 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach
147 klaren Regeln gestalten. Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur
148 Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich
149 die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort. Für mehr
150 Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus.

151 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

152 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige
153 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von
154 Bürger*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht
155 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch
156 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir
157 unsere demokratische Kultur. Der Schutz der Demokratie ist eine zentrale Aufgabe
158 des Staates, deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ mit einem
159 Demokratiefördergesetz absichern.

160 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,
161 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und
162 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,
163 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als
164 auch im Internet stärker geahndet werden.

165 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender
166 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für
167 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und
168 Unparteilichkeit stärken wollen. Auch die politischen Stiftungen liefern einen
169 wichtigen Beitrag für die politische Bildungsarbeit in unserer pluralen
170 Demokratie, soweit sie auf dem gemeinsamen Boden unserer demokratischen
171 Grundordnung stehen.

172 Mit Bürgerräten besteht die Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen
173 des Alltags“ in einem repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu
174 stärken.

175 Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss die Möglichkeit
176 haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen
177 gleichberechtigt teilzunehmen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das
178 kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

179 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das
180 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und
181 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen
182 für ein starkes Parlament. Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen
183 wir transparenter gestalten und Lobbytreffen der Regierung wie in der
184 Europäischen Kommission sichtbar machen. So sollen die Sitzungen der
185 Fachausschüsse in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden.
186 Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen jährlichen Höchstbetrag
187 deckeln.

188 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer
189 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch
190 für diese Organisationen gelten.

191 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das
192 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

193 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

194 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie
195 engagieren sich im Sportverein, organisieren Kulturveranstaltungen oder
196 unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen sich ehrenamtlich in die
197 freiwillige Feuerwehr oder das Rote Kreuz ein. Viele junge Menschen entscheiden
198 sich, ein Jahr ihres Lebens nach der Schule in den Dienst der Gesellschaft zu
199 stellen.

200 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst
201 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische
202 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und
203 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,
204 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Zusammen mit Ländern und
205 Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch
206 von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen
207 Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum
208 freiwilligen Engagement auch für Menschen mit geringem Einkommen,
209 Migrationsgeschichte oder Behinderungen verbessern.

210 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im
211 Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Viele Menschen
212 – ob jung oder alt – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir
213 müssen die Türen dafür weiter aufmachen. Dafür wollen wir auch die Bedingungen
214 für Freiwillige verbessern.

215 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre
216 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir
217 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass
218 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen
219 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch
220 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen.

221 **Für Sport, der verbindet**

222 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.
223 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale
224 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der
225 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

226 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische
227 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern
228 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte und
229 Nachhaltigkeitsziele fester Bestandteil der Sportpolitik sein müssen. Wir wollen
230 mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen Sportverbänden
231 vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

232 Mit dem Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und
233 Schwimmbädern werden wir den Breitensport stärken und gute Bedingungen für die
234 Schwimmbildung oder das Training vor Ort schaffen. Die Belange von Mädchen
235 und Frauen sowie Inklusion fördern wir gezielt mit unserer Sportpolitik. Mit

236 einer nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von
237 Leistungssportler*innen verbessern und die Mittelvergabe transparenter
238 gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet und anerkannt
239 wird.

240 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen
241 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

242 Fans sind essenziell. Deswegen wollen wir die Fanhilfen in ihrer Arbeit stärken.
243 Gerade in dem Engagement gegen Rechtsextremismus nehmen die Fanprojekte eine
244 wichtige Bedeutung ein.

245 **Für gute Justiz und einen handlungsfähigen Rechtsstaat**

246 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,
247 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. Dafür braucht es
248 genügend Richter*innen und Staatsanwält*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie
249 eine entschiedene Digitalisierung der Justiz.

250 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den
251 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein
252 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von
253 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass
254 mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.
255 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren
256 entlasten. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr
257 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder
258 spezialisieren. Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein
259 wichtiges Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dagegen gehen wir mit
260 einem Nationalen Aktionsplan vor.

261 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte
262 oder Zeug*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

263 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir
264 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält*innen transparent ausgestalten.
265 Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein. Eine gute Justiz muss
266 auch widerstandsfähig gegen Extremist*innen sein. Daher werden wir
267 rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor
268 Verfassungsfeind*innen geschützt ist.

269 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht

270 begleichen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu
271 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des
272 Strafrechts geregelt werden können.

273 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür
274 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSStA) und die Agentur der
275 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und
276 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

277 **Für digitale Bürger*innenrechte**

278 Freiheitsrechte und Bürger*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt
279 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)
280 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer
281 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen
282 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu
283 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen
284 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst
285 unbürokratisch umgesetzt werden.

286 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.
287 Ihre Grenzen findet sie, wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder
288 Volksverhetzung erfüllt sind. Solche Hassrede muss konsequent gelöscht und
289 Accounts, die Hetze verbreiten, schneller gesperrt werden. Dafür sorgen wir mit
290 einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer*innen. Die
291 algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
292 Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir
293 wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine
294 konsequente Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa und
295 Deutschland ein. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und
296 rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.

297 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.
298 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf bürgerrechtsschonende
299 Instrumente wie das sogenannte Quick-Freeze zur Verfolgung von Straftaten.
300 Anlasslose Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle lehnen wir ab.

301 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

302 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.
303 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt
304 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Antisemitismus, Rassismus,

305 Queer- und Behindertenfeindlichkeit überwinden, denn sie schwächen unseren
306 Zusammenhalt.

307 Damit Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Arbeit
308 Diskriminierung erfahren, den Rechtsstaat auf ihrer Seite wissen, werden wir das
309 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren, den Anwendungsbereich ausweiten
310 und Schutzlücken schließen. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung
311 durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5.
312 Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben. Wir wollen, dass
313 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut
314 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt wird. Mit einem
315 Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame
316 Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für
317 Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir
318 die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und
319 die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter
320 stärken.

321 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer
322 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Wir sorgen dafür, dass Jüdinnen und
323 Juden in Sicherheit leben können und ihre Einrichtungen geschützt werden.
324 Antisemitische Vorfälle müssen konsequent verfolgt und dokumentiert werden. Die
325 älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern.

326 Mit einem Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit gehen wir gegen die
327 Diskriminierung von muslimischen Menschen vor. Die Imam*innenausbildung in
328 Deutschland treiben wir voran und stärken damit die Unabhängigkeit der
329 islamischen Gemeinden.

330 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der
331 Expertenkommission Antiziganismus umsetzen und einen Staatsvertrag mit der
332 Minderheit auf Bundesebene schließen.

333 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch in ihren Institutionen
334 widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Vielfalt – sowohl
335 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent
336 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Mit einem
337 Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken wir die Teilhabe
338 von Menschen mit Migrationsgeschichte.

339 **Für Frauenrechte**

340 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,
341 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus und der Einsatz für Frauenrechte sind
342 dafür essenziell. Nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit
343 konsequent bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil
344 rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und
345 weiter voranschreiten.

346 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das
347 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.
348 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als
349 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher
350 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine
351 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und
352 hochwertige Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht
353 zu Hause: Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im
354 Alltag sind sie aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt
355 bedroht.

356 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer
357 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen
358 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung
359 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,
360 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen
361 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren
362 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und
363 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie
364 Polizei umfassend geschult werden. Um Annäherungsverbote in Fällen von
365 häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der Einsatz der elektronischen
366 Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen
367 flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer
368 Spurensicherung und der „Pille danach“.

369 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht
370 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende
371 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Frauen, deren Aufenthaltsstatus von
372 ihrem gewalttätigen Partner abhängt, sollen einen eigenständigen
373 Aufenthaltstitel erhalten.

374 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende
375 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Wir wollen den
376 ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln.

377 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen werden wir

378 stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie nicht bleiben.
379 Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in prekären Situationen,
380 muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade beim Ausstieg aus der
381 Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten müssen strenger
382 kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des
383 Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu
384 gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen
385 sicherzustellen. Eine Kriminalisierung und Stigmatisierung von Betroffenen
386 schützt diese nicht, sondern verweist sie in die Illegalität, in der sie kaum
387 von Hilfsangeboten erreicht werden können.

388 Für Selbstbestimmung

389 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der
390 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in
391 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und
392 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten und
393 Vorständen von großen Unternehmen. Die bereits bestehenden Regelungen wollen
394 weiterentwickeln und stärken, wo sie sich als nicht als effektiv genug erweisen.

395 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten
396 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen
397 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte
398 Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt
399 werden. Wir treten dafür ein, dass die notwendige Beratung durch ein
400 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft
401 garantiert ist. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff mit
402 der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den
403 vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen
404 und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

405 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes
406 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen
407 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend
408 berücksichtigen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere
409 Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

410 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

411 Als Gesellschaft verbindet uns der Wunsch, frei und selbstbestimmt zu leben.
412 Politik muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische,
413 schwule, bi, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) Gewalt und

414 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin.

415 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan
416 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur
417 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel
418 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir
419 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in
420 Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und Hasskriminalität gegen LSBTIQ*
421 entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die Erfassung von queerfeindlichen
422 Straftaten.

423 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie
424 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll es unter anderem einen Anspruch auf bei
425 einer Transition notwendige medizinische Maßnahmen geben und die Kosten von den
426 Krankenkassen übernommen sowie Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir schließen
427 die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an intergeschlechtlichen
428 Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht gegenüber trans- und
429 intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt oder
430 Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen. Lücken beim Verbot sogenannter
431 Konversionstherapien werden wir schließen und die Aufklärungsarbeit über HIV
432 sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und aktuelle Behandlungs- und
433 Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt*innen vorantreiben. Wir ermöglichen den
434 diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen für alle.

435 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für
436 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden
437 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht
438 und berücksichtigen dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären
439 Menschen. Wir verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei
440 Eltern. Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich
441 verbindlich füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im
442 Alter stärker in den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von
443 älteren LSBTIQ*-Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser
444 berücksichtigen, damit sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können.

445 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 446 **und eine inklusive Gesellschaft**

447 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der Menschen mit Behinderung
448 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,
449 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit wird. Die Behindertenrechtskonvention der
450 Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab unseres Handelns. Um das zu erreichen,

451 richten wir eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter Beteiligung von
452 Betroffenen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.

453 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden:
454 Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei machen.
455 Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen sollen
456 Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit
457 einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen
458 Barrierefreiheitstool unterstützen.

459 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch
460 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und zu unserem Wohlstand beitragen
461 können. Wir wollen deshalb das heutige ausgrenzende Werkstättensystem in
462 Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne
463 Behinderung gemeinsam arbeiten, mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und
464 Rentenansprüche erwerben können. Auch die inklusive Aus- und Weiterbildung
465 wollen wir fördern. Die ergänzenden Beratungsstellen wollen wir in allen
466 Regionen verfügbar machen.

467 Die Eingliederungshilfe mit ihren Schnittstellen – insbesondere zu Sozialhilfe,
468 Behandlung und Pflege – wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene
469 niedrigschwellig und schnell Zugang zu Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch,
470 die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und
471 Gerichten zu beschleunigen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung selbst
472 entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch deshalb wollen wir den Ausbau
473 inklusiver Wohnformen vorantreiben und fördern und die Beratung dazu verbessern.
474 Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken,
475 wollen wir abbauen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget, mit dem Menschen
476 mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen
477 Gutschein erhalten. Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von
478 Einkommen und Vermögen.

479 Menschen mit Behinderung sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte
480 Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und
481 bauen den Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus.

482 **Für lebendige Kunst und Kultur**

483 Kunst und Kultur handeln davon, was uns als Menschen ausmacht – von der Realität
484 und anderen Möglichkeiten, vom Denken und Fühlen, von Erinnerungen und
485 Zukünften. Eine freie Kultur ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil unseres
486 demokratischen Zusammenlebens. Gegen antidemokratische Bewegungen, die einen

487 ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft führen, arbeiten wir für
488 die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der Künstler*innen und ihrer
489 diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik, Theater, Tanz oder
490 bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club oder Oper, ob
491 öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und Kreativwirtschaft.
492 Indem wir ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und
493 Kultur umfassend und in der Breite.

494 Clubs und Livemusikstätten sind Kulturorte. Wir schaffen Rahmenbedingungen
495 dafür, dass sie auch in Innenstädten zu einem attraktiven Kulturangebot
496 beitragen können. Die großen Bundeskulturinstitutionen wollen wir als
497 Stabilitätsanker der Kulturlandschaft stärken und weiter öffnen. Es kommt darauf
498 an, diese Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb
499 werden wir den Kulturpass ausbauen. Mit ihm bekommen 18-Jährige ein Guthaben, um
500 Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir damit die Nachfrage und
501 unterstützen so verschiedene Kulturanbieter in Stadt und Land. Durch die Green
502 Culture Anlaufstellen, die wir erfolgreich gestartet haben, unterstützen wir das
503 gesamte Spektrum der Kulturlandschaft bei der Umstellung auf einen nachhaltigen
504 Betrieb.

505 Kulturproduzent*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir
506 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Die begonnene
507 Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche
508 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung
509 werden wir abschließen. Auch den Games-Standort Deutschland stärken wir mit
510 einer steuerlichen Games-Förderung. Für die kleinen Verlage werden wir eine
511 Verlagsförderung einführen. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer
512 Ebene ist die Vielfalt der kleinen und mittleren Kulturunternehmen Teil unserer
513 europäischen Identität und muss deshalb durch die richtigen politischen
514 Rahmenbedingungen gestärkt werden.

515 Kultur ist auch harte Arbeit. Deshalb wollen wir die soziale Lage der
516 Künstler*innen und Kulturproduzent*innen nachhaltig verbessern, indem wir die
517 Künstlersozialversicherung zukunftsfest machen, die soziale Absicherung für
518 Soloselbstständige verbessern und an den in dieser Wahlperiode von der
519 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten
520 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen.

521 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von
522 Künstler*innen kämpfen. Wir haben im EU-KI-Gesetz die Stellung von Urheber*innen
523 gestärkt. Bei der Verwendung von künstlerischen Werken als Trainingsdaten für
524 KI-Systeme wollen wir prüfen, wie eine angemessene Vergütung von Urheber*innen,
525 zum Beispiel durch Lizenzmodelle, ermöglicht werden kann.

526 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

527 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist Teil unserer
528 gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine
529 Gestaltungsaufgabe, der wir uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar
530 nicht in Europa.

- 531 • [WP-01-K3-549](#)

532 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften
533 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort
534 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um
535 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein
536 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem
537 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim
538 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit
539 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach
540 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung
541 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu
542 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,
543 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die
544 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine
545 echte Willkommenskultur. Mit der Einführung eines modernen
546 Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der Realität unserer vielfältigen
547 Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die Staatsbürgerschaft stellt für
548 Menschen, die schon lange hier leben – zum Beispiel die Generation der
549 Gastarbeiter*innen –, ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und
550 Zugehörigkeit sicher.

551 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie
552 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
553 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
554 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des
555 „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist. Außerdem braucht es für beides –
556 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente der Integration. Mit dem
557 Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung
558 geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die
559 Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und
560 pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.
561 Dafür wollen wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische
562 Entscheidungen einbeziehen und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus
563 Wissenschaft, Forschung, der kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

564 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen
565 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen an die, die zu uns kommen, sowie
566 an alle, die schon länger hier leben, und gelingt nur, wenn wir zusammenkommen
567 und einen gemeinsamen Weg einschlagen. Damit das gelingt, braucht es auch
568 dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem
569 Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich
570 die Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für
571 einige überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die
572 Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell
573 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von bedarfsgerechten und guten
574 Integrations- und Sprachkursen. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum
575 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Bund, Länder, Kommunen und die
576 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
577 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
578 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie
579 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet.

580 Der stärkste Motor für Integration sind Arbeit und Beschäftigung. Denn dort, wo
581 Menschen gemeinsam etwas schaffen, wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer
582 arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden
583 bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und
584 beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der
585 Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze
586 Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn
587 durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen
588 wir auch Planungssicherheit für Arbeitgeber und Geflüchtete. Mit frühzeitiger
589 Beratung und einem Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute
590 Perspektiven bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können.

591 **Für ein Land, das Schutz bietet**

592 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die
593 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich
594 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die
595 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen
596 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, verlässlicher und ausreichend
597 finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer nachhaltigen
598 Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handelsbedingungen leisten wir hierzu
599 unseren Beitrag und setzen uns dafür ein, dass andere Länder ebenso
600 Verantwortung übernehmen.

601 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
602 So wie andere Länder für Deutsche zur Heimat wurden, verteidigen wir heute das

603 Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie
604 der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir wollen schnelle und faire Verfahren und
605 damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wir stehen
606 weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen
607 und nicht behindern. Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder –
608 auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den
609 Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben.

610 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer
611 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
612 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem
613 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
614 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere
615 Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär
616 zurückgeführt werden.

617 **Für eine europäische und internationale Flucht- und** 618 **Migrationspolitik**

619 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit
620 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in
621 Europa.

622 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir auf
623 nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um. Menschenrechte müssen
624 überall in der EU eingehalten werden – auch an den Außengrenzen. Dafür setzen
625 wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes
626 Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler
627 Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen
628 im Asylverfahren berücksichtigt werden.

629 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
630 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
631 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
632 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
633 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
634 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
635 ablenken. Daher setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten
636 und auf Modelle, die sichere Migrationswege ermöglichen und ungeordnete
637 Migration reduzieren.

638 Zugleich sehen wir, dass Putins Russland und Lukaschenkos Belarus das Recht auf

639 Asyl auf dem Rücken von Geflüchteten für geopolitische Interessen missbrauchen.
640 Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um
641 die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden, insbesondere durch Staaten wie
642 Russland und Belarus, zu verhindern. Die Entrechtung von Menschen, die durch
643 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab.

644 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen
645 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa. Der offene europäische
646 Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre
647 Binnengrenzkontrollen lehnen wir deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in
648 Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt. Daher sind
649 rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen und eine zuverlässige
650 Registrierung der Menschen unabdingbar.

651 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine
652 staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen
653 wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der
654 Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.

655 Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere
656 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig
657 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und
658 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte
659 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige
660 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker
661 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch
662 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.

663 Wir wollen, dass besonders gefährdete Gruppen Schutz finden, ohne
664 lebensgefährliche Fluchtrouten wählen zu müssen. Dazu wollen wir humanitäre
665 Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete
666 Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von
667 Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.

668 **B. Ein Leben in Sicherheit**

669 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

670 Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig
671 wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben
672 können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Eine gut

673 ausgestattet, moderne Polizei ergänzt dabei eine wirksame Kriminalprävention.
674 Engagierte Polizist*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben
675 und unsere Bürger*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

676 Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass
677 sie das Personal, die Technik und auch die rechtsstaatlichen Befugnisse haben,
678 die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die gesetzlichen
679 Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz werden wir
680 modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.

681 Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen
682 Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.
683 Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss
684 hier technisch mithalten können.

685 Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir ihre Entwicklung im Blick behalten und
686 wissenschaftliche Expertise einbeziehen. Den periodischen Sicherheitsbericht,
687 der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich verankern.

688 Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger
689 wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Die Anzahl an legalen und
690 illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Noch immer
691 werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im häuslichen
692 Bereich. Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und
693 anderer gefährlicher Waffen weiter einschränken.

694 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes haben
695 wir eine Anlaufstelle für Polizist*innen und Bürger*innen geschaffen, die wir
696 stärken wollen. Mit einem Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für
697 Kontrollen darlegt, wollen wir polizeiliches Handeln transparenter machen. In
698 der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität sensibilisieren.

699 Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr
700 Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen
701 wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die
702 europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt
703 weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

704 **Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte**
705 **Kriminalität**

706 Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.
707 Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland
708 wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu
709 spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine
710 wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale
711 Drogenhandel. Der Schaden für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle
712 Gruppierungen legale Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder
713 den Immobilienhandel unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

714 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen
715 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die
716 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund
717 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte
718 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Auch internationale Kooperationen
719 werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen oder den Einsatz
720 von Kontaktbeamt*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der EUSTA wollen wir
721 auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
722 ausweiten.

723 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen
724 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er
725 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen
726 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft
727 gelingen und muss auf Prävention und Aufklärung setzen.

728 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 729 **Steuerbetrug**

- 730 • [WP-01-K3-733](#)

731 Deutschland wird häufig als Geldwäsche-paradies bezeichnet. Rund 100 Milliarden
732 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem
733 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten
734 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu
735 einer Finanzpolizei ausbauen.

736 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.
737 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch
738 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Mit einer bundesweiten Servicestelle
739 wollen wir die Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für
740 die Länder nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld
741 mithilfe komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln

742 wir das Transparenzregister für Unternehmen weiter.

743 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere
744 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Steuerschlupflöcher schließen,
745 damit Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum der Vergangenheit angehören. Die
746 Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur Verfolgung schwerer
747 Finanzkriminalität wollen wir deutlich steigern. Mehr Transparenz zu
748 Unternehmenssteuern und Eigentumsverhältnissen und bessere Kapazitäten im
749 Steuervollzug helfen dabei.

750 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

751 Extremismus – egal ob politisch oder religiös motiviert – sät Hass, spaltet
752 unsere Gesellschaft und ist der Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil er sich
753 stetig wandelt und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer wird,
754 müssen wir ihm aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente
755 entsprechend anpassen. Gerade junge Leute radikalieren sich heute vermehrt im
756 digitalen Raum.

757 Die größte Gefahr geht aktuell laut Bundesamt für Verfassungsschutz vom
758 Rechtsextremismus aus. Und der Islamismus ist eine sehr ernste Bedrohung.

759 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass Menschen in den Extremismus
760 abrutschen – diese Arbeit wollen wir durch eine starke, dauerhafte Finanzierung
761 sichern. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Islamismus
762 aufklären, Angebote für Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene oder
763 Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir mit
764 einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

765 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet
766 und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der Staat muss
767 sicherstellen, dass Extremist*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in
768 Sicherheitsbehörden tätig sind. Verfassungsfeind*innen müssen konsequent
769 entwaffnet werden.

770 Wir werden unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus stärken und
771 das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend Personal, Technik und
772 rechtsstaatlichen Befugnissen ausstatten, damit sie Terrorist*innen ausfindig
773 machen und Anschlagpläne rechtzeitig aufdecken können. Top-Gefährder*innen
774 müssen stets im Blick der Sicherheitsbehörden sein, lückenlos überwacht und – wo
775 immer möglich – aus dem Verkehr gezogen werden. Damit das gelingt, muss
776 europaweit einheitlich klar sein, wen wir als Gefährder*innen in den Blick

777 nehmen.

778 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern
779 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –
780 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.
781 Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle notwendigen Befugnisse haben,
782 um Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

783 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme
784 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden
785 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir, dass die Unterstützung für die Opfer und
786 deren Angehörige vom Staat weiter gestärkt wird. Damit sie eine zuverlässige
787 Anlaufstelle haben, haben wir das Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir
788 wollen die Aufarbeitung von Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen
789 gedenken.

790 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

791 Naturkatastrophen oder schwere Unglücke: Außerordentliche Ereignisse können das
792 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen
793 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden
794 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

795 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können
796 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit
797 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen
798 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der
799 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder den Hilfsorganisationen
800 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen oder
801 Erleichterungen für Ehrenamtliche.

802 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße
803 Ausrüstung und moderne Fahrzeuge. Wir werden weiter in den Bevölkerungsschutz
804 investieren und die Warninfrastruktur ausbauen. Wir wollen, dass sich der Bund
805 stärker engagiert, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
806 (BBK) mehr Kompetenzen bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit
807 ausgebaut wird.

808 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

809 Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder

810 Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren
811 Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit
812 stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen
813 Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen
814 gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in
815 Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und
816 Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge
817 an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie
818 verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Für uns ist
819 ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen
820 Sicherheitsstrategie verankert haben.

821 Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine
822 wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend
823 eine gute Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren erkennen und bewältigen können.
824 Das Bundesamt für Verfassungsschutz werden wir in der Spionageabwehr und den
825 Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so aufstellen, dass sie besser
826 als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen können. Den Militärischen
827 Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und
828 die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische
829 Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen
830 Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde
831 Nachrichtendienste und parlamentarische Kontrolle.

832 Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben
833 wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer
834 Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere
835 Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere
836 Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz
837 wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische
838 Investor*innen schließen.

839 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

840 Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch
841 Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu
842 beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive
843 Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und
844 die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen
845 braucht es wachsame Institutionen und verlässliche Informationen, beispielsweise
846 durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die Menschen bei der Erkennung von
847 Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in anderen demokratischen
848 Gesellschaften, wie wichtig es ist, Stellen zu haben, die Deepfakes, groß

849 angelegte und gesteuerte Kampagnen mit Falschnachrichten und andere, die
850 Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig erkennen. Die großen Medienplattformen
851 werden wir in die Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von
852 Desinformation vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im
853 Auftrag eines fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden zur
854 Bekämpfung von systematischer Desinformation und Organisierter Kriminalität
855 sowie dem grenzenlosen Ausweiten von Hass und Hetze durch Bots anonymisierte
856 Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können, angehen und
857 dafür die effektiven Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im
858 digitalen Raum verbessern.

859 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und
860 unabhängige Berichterstattung und kann daher ein Punkt der Orientierung auch im
861 Angesicht von Desinformationskampagnen sein. Es ist wichtig, dass er diese
862 bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen kann. Die dafür nötigen Reformen
863 sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und verlässlichen
864 Rahmenbedingungen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Plattform, die
865 länderübergreifend die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zusammenführt
866 und zugänglich macht.

867 Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200
868 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Diese Angriffe
869 kommen hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir
870 werden mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten
871 und widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in
872 der Informationstechnik muss eine stärkere Rolle beim Schutz digitaler
873 Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser Ziel ist
874 es, digitale Netze und Einrichtungen durch hohe IT-Sicherheitsanforderungen
875 robust gegen Hackerangriffe zu machen. Mit „digitalen Botschaften“ wollen wir
876 relevante öffentliche Datenbanken im europäischen Verbund absichern, um sie auch
877 in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur
878 Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen.

879 **Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit**

880 Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und
881 Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue
882 verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten
883 Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür
884 braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte
885 Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu
886 begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;
887 sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für

888 Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den
889 Schutz unserer Demokratie und unseres Sozialstaates zu sichern – im Einklang mit
890 einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik sowie einer starken
891 internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer integrierten Sicherheit
892 brauchen eine verlässliche Finanzierung.

893 Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir
894 in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer*innen verteidigen seither
895 Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen
896 die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit
897 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die
898 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für
899 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Das ist auch unser bester
900 Eigenschutz hier im Herzen Europas. Die Souveränität der Ukraine in europäischer
901 Solidarität muss sichergestellt sein. Wir unterstützen die vielfältigen
902 diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine und ihrer Partner unter dem
903 Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“. Zudem bekräftigen wir
904 das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen die Ukraine auf ihrem Weg zur
905 Mitgliedschaft in der EU und NATO.

906 **C. Eine starke Europäische Union**

907 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

908 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren
909 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den
910 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und
911 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch
912 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische
913 Friedensordnung, von innen durch Extremist*innen und Populist*innen. Deshalb
914 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen
915 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein
916 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach
917 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit
918 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die
919 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb
920 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren. Parallel
921 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen
922 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.
923 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America first.

924 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen

925 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das
926 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in
927 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen
928 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume
929 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:
930 keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir wollen mit dem
931 Konditionalitätsmechanismus im nächsten EU-Haushalt sicherstellen, dass
932 Regierungen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergraben, keine
933 europäischen Gelder mehr bekommen.

934 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische
935 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen
936 bekommen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen
937 gewählt werden. Bürger*innen sollen breiter und effektiver beteiligt werden, die
938 Europäische Bürgerinitiative wollen wir stärken.

939 **Für eine handlungsfähige EU**

940 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem
941 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der
942 Westbalkanstaaten, der Ukraine und Moldaus, sofern sie alle Beitrittskriterien
943 erfüllen. Wir sehen den mutigen und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen
944 Kräfte in Georgien und möchten diese unterstützen, um Georgien eine Zukunft in
945 der EU zu ermöglichen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU,
946 doch eine Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften
947 Kurswechsel bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voraus.

948 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende
949 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der
950 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und
951 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen
952 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, soll eine „Koalition der Willigen“
953 vorangehen können, die stets offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit
954 Frankreich und Polen wollen wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir
955 so stark in die deutsch-französische Kooperation und das Weimarer Dreieck
956 investiert. Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener
957 Verfassung.

958 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb
959 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend
960 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der
961 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation
962

963 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.
964 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus, grenzüberschreitende
965 Forschung oder gemeinsamen europäischen Grenzschutz werden wir stärken. Daneben
966 braucht es verbindliche Ziele für den Klima- und Naturschutz und eine starke
soziale Säule.

967 Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen
968 die finanzielle Ausstattung der EU durch neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen,
969 die durch europäische Instrumente entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt
970 zugutekommen. Sollten die USA die globalen Vereinbarungen über die Besteuerung
971 digitaler Großkonzerne nicht mehr umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine
972 Europäische Digitalkonzernsteuer ein. Für die Bewältigung großer
973 Herausforderungen haben sich zudem gemeinsame europäische Anleihen bewährt, etwa
974 im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

975 **D. Außen- und Sicherheitspolitik in** 976 **Verantwortung**

977 **Für eine aktive Außenpolitik**

978 Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung
979 übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.
980 Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken
981 Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,
982 in einer stabilen Welt.

983 Die EU ist Garant für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU
984 als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Gemeinsam
985 stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die
986 Ukrainer*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die
987 Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.

988 Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit
989 in Europa dar. Wir setzen auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische
990 Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck
991 auf das Regime erhöhen und unsere eigene Handlungsfähigkeit wahren. Wir reichen
992 denjenigen Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen
993 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit
994 einsetzen.

995 Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz

996 aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der
997 USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,
998 historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA
999 ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische
1000 Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und
1001 Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1002 Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf
1003 vielfältige und robuste Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen
1004 Süden. Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika,
1005 Lateinamerika und Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf
1006 gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir
1007 Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für globale
1008 Herausforderungen wie den Kampf gegen den Klimawandel und in der systemischen
1009 Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1010 China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen
1011 Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu
1012 erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch
1013 die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-
1014 Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der
1015 deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent umzusetzen und
1016 weiterzuentwickeln. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im
1017 Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Klima.

1018 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
1019 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem
1020 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns
1021 unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und das
1022 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen. Dauerhafte Sicherheit für
1023 Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und
1024 eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich.
1025 Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die
1026 Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid
1027 zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so
1028 intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit
1029 werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen
1030 erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist
1031 unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist
1032 unteilbar.

1033 Das Ende des Assad-Regimes in Syrien ist ein Aufatmen der syrischen Bevölkerung
1034 nach jahrzehntelanger Unterdrückung, Vertreibung und Folter. Damit verbunden ist

1035 die Hoffnung vieler Syrer*innen auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Auf
1036 diesem Weg wollen wir sie zusammen mit unseren Partnern unterstützen.

1037 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land
1038 und destabilisiert die ganze Region. Wir werden die Sanktionen gegen die
1039 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre
1040 Einhaltung streng überprüfen. Dazu gehört auch die rechtssichere Terrorlistung
1041 der Revolutionsgarden. Es braucht zudem weiter diplomatische Anstrengungen, um
1042 die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.

1043 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und
1044 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit
1045 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage
1046 dafür ist ein gemeinsames Lagebild über die Bedrohungen, Risiken und Chancen für
1047 unsere Sicherheit sowie eine starke ressortübergreifende Koordination.

1048 **Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1049 Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die
1050 multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der
1051 Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät
1052 zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,
1053 Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine
1054 Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke
1055 des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1056 Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.
1057 Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere
1058 Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese
1059 Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen.

1060 Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr
1061 Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel
1062 für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt und mehrjährig vergeben werden,
1063 um Herausforderungen in fragilen Kontexten gerecht zu werden und die Planbarkeit
1064 zu verbessern. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der humanitären Hilfe
1065 einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen weiter stärken.
1066 Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe bei der
1067 notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer*innen geschützt sind.

1068 Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft
1069 sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung

1070 zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir
1071 Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese
1072 strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale
1073 Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung
1074 aktiv vorantreiben. Denn niemand steht über dem Völkerrecht. In enger Abstimmung
1075 mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche
1076 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression ein.

1077 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1078 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und
1079 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für Demokratie, Frauen-
1080 und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend unter Druck. Autoritäre Regime
1081 schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein, unterdrücken
1082 zivilgesellschaftliches Engagement, bedrohen Aktivist*innen und verfolgen
1083 Dissident*innen – auch im Ausland. In diesem Systemwettbewerb setzen wir uns
1084 entschlossen für die liberale Demokratie ein und stärken dadurch auch unsere
1085 Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1086 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für
1087 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.
1088 Dazu gehören auch Schutzprogramme für Menschenrechtsverteidiger*innen – vor Ort
1089 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele
1090 verfolgte Menschenrechtsverteidiger*innen. Wir wollen die Aufnahme von besonders
1091 gefährdeten Aktivist*innen durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren
1092 weiter unterstützen sowie den Schutz vor transnationaler Repression durch
1093 gemeinsame europäische Ermittlungen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen
1094 verbessern.

1095 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis
1096 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und
1097 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen ausbauen. Mit
1098 ehemaligen deutschen Kolonien wie Namibia haben wir den Versöhnungs- und
1099 Aufarbeitungsprozess vorangetrieben und Verantwortung für unsere Vergangenheit
1100 übernommen. Diese Schritte werden wir konsequent fortführen.

1101 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und
1102 wirtschaftlich erfolgreicher. Eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik
1103 bedeutet, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und
1104 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken. Wir wollen unseren Einsatz gegen
1105 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser
1106 unterstützen, den Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und Gewalt
1107

1108 vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen
1109 Zusammenarbeit stärker verankern und mehr Mittel für Frauenrechtsorganisationen
1110 bereitstellen. Denn Gesellschaften sind immer nur so stark, wie Frauen an der
Gesellschaft teilhaben.

1111 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen
1112 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der
1113 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns
1114 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen in Afghanistan ein, stehen
1115 an der Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid*innen,
1116 die besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter
1117 schützen. Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, einen
1118 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid*innen zu beschließen.

1119 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1120 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den
1121 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der
1122 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.
1123 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in
1124 der EU zusammenarbeiten.

1125 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen
1126 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche
1127 Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO
1128 vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür
1129 dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere
1130 Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus
1131 laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine
1132 höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen. Wie zu Zeiten der Eurokrise und
1133 der Pandemie braucht es auch auf europäischer Ebene eine gemeinsame finanzielle
1134 Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in Europa, wie es die Europäische
1135 Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir auch europäische Synergieeffekte
1136 nutzen.

1137 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken
1138 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile
1139 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen
1140 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,
1141 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
1142 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir
1143 dahingehend stärken.

1144 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von
1145 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und
1146 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten
1147 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und
1148 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1149 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus
1150 Russlands in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir werden den
1151 Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken, den
1152 Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin konstruktiv begleiten und die Zusammenarbeit
1153 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen. Es braucht dringend neue
1154 Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und Weltraum. Entwicklungen in
1155 diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege geführt werden. Für uns ist
1156 klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von letalen vollautonomen
1157 Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle über Leben und Tod
1158 entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf internationaler
1159 Ebene für eine Ächtung ein.

1160 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und
1161 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem
1162 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen
1163 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten.

1164 **Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1165 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO
1166 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts
1167 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –
1168 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.
1169 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall
1170 auch militärisch zu verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken
1171 und von Angriffen abzuhalten.

1172 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere
1173 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in
1174 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr
1175 müssen in multilateralen Bündnissen verankert und in ein politisches
1176 Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische, entwicklungspolitische
1177 und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen die parlamentarische
1178 Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die Evaluierung von
1179 Einsätzen verstetigen.

1180 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine
1181 große gesellschaftliche Verantwortung für alle, die in ihr dienen und dienten.
1182 Wir stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft
1183 abbildet und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Auch nach dem Ausscheiden
1184 aus dem Dienst muss klar sein: Wer bereit war, sein Leben für den Frieden
1185 einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient.

1186 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, wollen wir den
1187 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver
1188 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen Personal
1189 langfristig binden. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es schnelle
1190 Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der Wehrerfassung,
1191 die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus wollen wir die
1192 Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel machen,
1193 beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1194 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr
1195 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern
1196 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir
1197 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern
1198 abbauen. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame Investitionen und den
1199 politischen Willen, um nationale industriepolitische Interessen in den Dienst
1200 von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Ein bedarfsorientierter europäischer
1201 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind zwei Seiten
1202 einer Medaille. Wir wollen klare, transparente und an Menschenrechten, unseren
1203 Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf
1204 nationaler und europäischer Ebene gesetzlich verankern – mit vorangehenden
1205 Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen.

1206 **Für globalen Klimaschutz**

1207 Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie
1208 zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.
1209 Es ist in unserem unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen
1210 abzumildern.

1211 Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die
1212 Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie
1213 schaffen auch massive wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten. Mit konsequenter
1214 Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik machen wir Deutschland
1215 zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere Staaten auf ihrem Weg zu
1216 klimaneutralem Wohlstand.

1217 Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich
1218 für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende
1219 beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben
1220 gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.
1221 Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1222 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur
1223 internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der
1224 internationalen Klimakonferenz COP. Dafür wollen wir innovative
1225 Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit unseren Partnern darauf
1226 hinwirken, dass Investitionen mit den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda
1227 2030 in Einklang gebracht werden. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt besondere
1228 Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und
1229 Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Wir
1230 unterstützen unsere Partner zudem beim Schutz der Biodiversität.

1231 Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere
1232 Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie
1233 die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima- und
1234 Energiepartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden und
1235 Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch
1236 Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu
1237 gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten
1238 aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale
1239 Abhängigkeiten entstehen. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu Partnern bauen,
1240 die nicht alle unsere Werte teilen.

1241 **Für robuste Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

1242 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch
1243 internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und
1244 Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für
1245 menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt
1246 ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere
1247 Chinas und Russlands.

1248 Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten
1249 Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für
1250 nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.
1251 Unser Ansatz dafür ist feministisch und dekolonial. Wir wollen eine
1252 eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und
1253 weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet.

1254 Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter
1255 Repräsentanz in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale
1256 Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen
1257 treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen
1258 uns für solide Schuldenrestrukturierungen und -erlasse für besonders belastete
1259 Länder ein, um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten
1260 wir gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen
1261 Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

1262 Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir
1263 beispielsweise agrarökologische Ansätze, schützen Landrechte von
1264 Kleinbäuer*innen und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive
1265 Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-
1266 Pandemie hat erneut gezeigt, dass Gesundheit globale und vorausschauende
1267 Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir Partnerländer im Aufbau
1268 ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die Weltgesundheitsorganisation stärken
1269 und langfristige Forschungs- und Entwicklungskooperation fördern.

1270 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält
1271 und mindestens die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
1272 Entwicklung (OECD) vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des
1273 Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Darüber
1274 hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und
1275 Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue
1276 Finanzierungsziele für Klima und die Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des
1277 massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir auch den deutschen
1278 Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen,
1279 insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes.
1280 Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten
1281 internationalen Handelns.